

# Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Redaktion 3141.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 100.

Breslau, Mittwoch, den 30. April 1913.

24. Jahrgang.

## Unser gutes altes Preußen.

Der geschäftsführende Ausschuss der demokonservativen Partei veröffentlicht seinen Wahlauftrag zu den preussischen Landtagswahlen. Gegen die Sozialdemokratie enthält er kein Wort. Die ungeheuren Massen der sozialdemokratischen Wählerchaft sind durch das Dreiklassenwahlrecht so sicher geknebelt und gebunden, daß sich das Junkertum durch sie in seinem preussischen Besitz noch nicht unmittelbar bedroht sieht. Die Sozialdemokraten, so rechnet man, können höchstens den Liberalen da oder dort ein Mandat abnehmen, an der Parteikonstellation im Dreiklassenhaufe wird dadurch nichts geändert. So richtet sich der konservativen Aufruf ausschließlich gegen die Liberalen, gegen die der Junkerhaufe, leider doch nur zum Teil berechnete Vorwurf erhoben wird, daß sie Gegner des preussischen Wahlrechts seien, auf dessen Verteidigung der ganze Aufruf ausgeht. Die Junker fühlen es selbst, daß die Wahlrechtsfrage zur Entscheidung drängt und stellen sie in den Mittelpunkt des Wahlkampfes. Bei dem Ringen um die Zusammensetzung des neuen Dreiklassenhaufes handelt es sich nach dem konservativen Aufruf am letzten Ende, „um unser gutes altes Preußen selbst“, das nach konservativer Auffassung von den Liberalen schwer bedroht ist, und vor allem gilt es unser bewährtes Wahlrecht „zu schützen“, von dem dann weiter gesagt wird:

Mag es in Einzelheiten auch verbesserungsfähig sein — andere Wahlrechte haben zweifellos mehr Mängel — man soll also da erst anfangen.

In seinen Grundlagen ist unser preussisches Wahlrecht gut, es stützt das Wahlrecht ab nach dem Maßstabe von Leistungen und Pflicht, es verhindert eine wilde Agitation, wie sie die Begleiterscheinung der direkten und geheimen Wahl ist, es gibt dem Mittelstande einen überwiegenden Einfluß gegenüber dem Massenwahlrecht des Reichstags.

Auch den Wünschen der Liberalen, durch Neueinteilung der Wahlkreise das platte Land und die kleinen Städte im Interesse der Großstädte politisch zu entziehen, widerprechen wir mit Entschiedenheit.

Der konservativen Aufruf ist also eine Kriegserklärung an das „Massenwahlrecht des Reichstags“ und zwar, was politisch bedeutungsvoll ist, nicht nur an das gleiche, sondern nur an das geheime und direkte, dem nachgesagt wird, daß es eine „wilde Agitation“ begünstige. Die Junker erweisen sich in allen Punkten als unbefehbar und unverbesserlich. In der Zentrumspresse war in der letzten Zeit wiederholt zu lesen, daß die Konservativen ihren Kampf gegen die Geheimwahl aufgegeben hätten und dies würde als ein Erfolg des volksverräterischen Zusammengehens mit den Junkern hingestellt. Die konservativen Parteileitung legt aber offenbar Gewicht darauf zu zeigen, daß sie der Agitationsbedürfnissen des Zentrums keinerlei Zugeständnis macht: sie erklärt sich offen als absolute Gegnerin jeder preussischen Wahlreform. Das Dreiklassenwahlrecht ist gut, das geheime, direkte Wahlrecht ist schlecht, es hat also in jeder Beziehung beim alten zu verbleiben.

Sich mit dem konservativen Aufruf sachlich auseinanderzusetzen, hätte kaum einen Sinn. Dieser Aufruf ist geschrieben für die privilegierten ostelbischen Hinterwäldler erster und zweiter Klasse, er stellt an die Intelligenz keinerlei Ansprüche und beschränkt sich darauf, einige Behauptungen aufzustellen, die wohl niemand ernst nimmt. Das öffentliche indirekte Dreiklassenwahlrecht ist den Junkern nützlich, es ist für sie zweifellos das beste aller Wahlrechte, das überhaupt erfunden werden kann: darüber besteht ja kein Streit. Interessent der Allgemeinheit kommen für die Nutznießer dieses Wahlrechts überhaupt nicht in Betracht, und ihr unvermeidlicher Vorwand, ihre Parteiherrschaft sei gerade das Beste, nicht nur für sie, sondern für das ganze Volk, verdient unter politisch denkenden Leuten keine ausführliche Erörterung.

So bleibt nur übrig, den konservativen Aufruf in seinen politischen Konsequenzen zu betrachten. Doch er eine Kriegserklärung an die Liberalen ist, ist schon gesagt. Das wird die Nationalliberalen von Schleswig-Holstein natürlich nicht hindern, an ihrem Landtagswahlbündnis mit den Konservativen festzuhalten. Der „Gesamtkonservatismus“ wird auch nicht daran denken, seine Haltung gegenüber der Sozialdemokratie zu ändern, mit der zu partieren, dem Nationalliberalen durch den Parteitagsbeschluss von Hannover ausdrücklich verboten wurde. Ueber drei Konservative als zwei Liberale und ein Sozialdemokrat — das bleibt nach wie vor preussisch-liberale Politik.

Auch das Zentrum wird sich durch die radikale Kampfanlage der Junker gegen jegliche Wahlreform nicht abhalten lassen, der konservativen Partei Wahlhelferdienste zu leisten. Die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpft ja schon seit Jahren Schulter an Schulter mit den Heydebrand, Pappenheim und Oldenburg um das Reichstagswahlrecht in Preußen. Ihre Wähler lassen sich das zum Teil anscheinend noch immer ruhig gefallen, die christlichen Arbeiterführer stellen die Disziplin über alles und Herr Kiesbergs schämt sich längst nicht mehr, ein Preuße zu sein.

## Nikita rüstet gegen Oesterreich.

Zuspitzung der Krise.

Für die famose Meldung von gestern, daß Nikita und Effend Pascha ein Taufgeschäft dahin abgeschlossen haben, daß der letztere König von Albanien und Nikita Erbe von Skutari wird, haben sich genauere Belege bisher nicht gefunden. Nennlich steht der Streich dem gerissenen Alten auf dem montenegrinischen Thron. Die Großmächte nehmen auf die neue Version vorläufig keine Rücksicht, denn sie haben mit ihrer eigenen „Einigkeit“ noch genug zu tun und Nikita läßt ihre Unterhändler so kräftig ablaufen, daß es zu ordnungsmäßig verlaufenden Verhandlungen bisher überhaupt nicht gekommen ist. Es liegen darüber folgende Mitteilungen vor.

### Abgefertigt.

Am 27. April ist der Kollektivschritt der Mächte in Cetinje erfolgt, durch den Montenegro ausgesordert worden ist, Skutari den Mächten zu übergeben. Der Inhalt der betreffenden Note wird in einer Meldung aus London wie folgt angegeben:

„Wir haben die Ehre, gemeinsam der königlich montenegrinischen Regierung zu erklären, daß die Einnahme von Skutari in keiner Weise die Entschliebung der Mächte bezüglich der Nord- und Nordostgrenze Albanien ändert und daher Skutari in möglichster Kürze der Mächten übergeben werden muß, welche durch den Kommandanten der internationalen Seestreitkräfte vertreten werden. Die montenegrinische Regierung wird aufgefordert, diese Mitteilung schnell zu beantworten.“

Die Antwort der montenegrinischen Regierung lautet, daß es ihr wegen der Osterfeiertage im Augenblick nicht möglich sei, eine Entschliebung zu fassen. Gleichzeitig hat die montenegrinische Regierung ihren Delegierten in London Popowitsch telegraphisch angewiesen, bei der Völkervereinigung gegen diese „ungerechte und grausame Forderung“ formell zu protestieren und neuerlich die Mächte zu eruchen, die Angelegenheit zu prüfen; es sei eine Lebensfrage für Montenegro, daß Montenegro ebenso behandelt werde, wie die anderen Verbündeten.

### Zur Verteidigung vorbereitet.

Wien, 28. April. Die Montenegriner haben nach dem Erlaß einer Proklamation, über deren Inhalt noch keine Meldungen vorliegen, mit den Hauptkräften unter dem Erbprinzen Danilo Skutari verlassen und sind nach Norden abmarchiert. Fünf Bataillone sind in der Stadt Skutari zurückgeblieben. Montenegro ist von Serbien aus mit Lebensmitteln für zwei bis drei Monate versehen worden.

Wien, 28. April. Die „Reichspost“ meldet aus Cattaro: Jenseits der montenegrinischen Grenze herrscht eine lebhaft militärische Bewegung. In der Straße, die von Skutari nach Reigusch und Cetinje führt, werden am Rande starke montenegrinische Truppenabteilungen sichtbar, ebenso an den Bergketten, die sich rechts an der Straße gegen den Loozen hinziehen. Bei Reigusch wurde auch eine Abteilung Truppen in serbischen Uniformen wahr-

genommen. Man schließt hieraus, daß im Falle eines bewaffneten Zwistes mit Montenegro auch serbische Truppen aus der Belagerungsarmee gegen Skutari die montenegrinischen Streitkräfte unterstützen werden. Die Festungen auf dem Loozen wurden in den letzten Tagen mit großem Eifer armiert und instandgesetzt. In den letzten Wochen bemerkte man bedeutende Munitionstransporte aus der Richtung von Cetinje nach dem Loozen.

Man weiß, die Regierung empfindet anders. Sie ist der Sieg der Wahlreformfeinde, deren eigentlicher Führer der alte Kanakrebell v. Dallwitz ist, ganz recht.

So ist's nun einmal im guten, alten Preußen! Die Junker sagen dem Volke brutal ins Gesicht, daß sie weiterregieren wollen, ohne sich um Recht und Vernunft viel zu kümmern. Die anderen kriechen vor ihnen, verbinden sich mit ihnen offen oder heimlich, oder sind zu furchtsam, mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache zu machen, ohne deren Vorkämpferchaft die Junkerseite niemals erklärt werden kann. Die Junker haben darum recht, von ihrem „guten, alten Preußen“ zu reden, denn dieses Preußen gehört ihnen und sie haben es hier gut, wie in keinem anderen Lande der Welt. Mecklenburg etwa

ausgenommen. Aber dieses gute Preußen ist alt, und auch von ihm wird das Schicksal unerbitlich den Tribut des Alters fordern. Fern aufdämmern zeigen sich die Umrisse eines guten, neuen Preußen, und dieses gute neue Preußen wird unser, wird des Volkes sein.

### Bestätigung für den Handel.

Wien, 28. April. Wie jetzt von maßgebender Seite mitgeteilt wird, ist es bereits so gut wie sicher, daß Skutari nur infolge von Verhandlungen kapituliert hat. Es mehren sich die Anzeichen, daß Effend Pascha einen Pakt abgeschlossen habe, demzufolge er den Trümmer als Grenze zwischen Montenegro und Albanien anerkennt, sodas Skutari an Montenegro fallen würde, wofür ihm Montenegro behilflich wäre, sich zum Oberhaupt, Fürsten oder König von Albanien zu proklamieren.

Wien, 28. April. Die „Reichspost“ meldet aus Cattaro: Die Grenze ist gegenwärtig durch die Montenegriner auch für die Post gesperrt, doch sind verschiedene Meldungen über die Grenze durch das hier aus Skutari über Cetinje eingetroffene Rote Kreuz gekommen, bei dem vier Verletzte sich befinden. Diese berichten, daß die Uebergabe Skutaris ohne vorherigen Kampf und der Sachlage nach anscheinend ganz unumwunden erfolgt ist. Als Effend Pascha die Uebergabe proklamierte, erhob sich unter den Albanen eine Meuterei gegen ihn, welche er blutig erstickte. Effend Pascha ließ sich bereits in Skutari als Fürst von Albanien ausrufen. Die Truppen hatten noch Proviant, aber die Not der Bevölkerung von Skutari war sehr groß. Täglich starben etwa fünfzig Menschen den Hungerstod.

Wien, 28. April. Das Gros der serbischen Truppen, welche an der Belagerung von Skutari teilgenommen haben, ist bei Durazzo konzentriert. Die Räumung des nördlichen Albanien durch die Serben ist noch nicht vollzogen, es fanden nur teilweise Abtransporte statt.

### Oesterreich droht wieder.

Wien, 28. April. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Wien, der Londoner Völkervereinigung liegt das Verlangen Oesterreichs vor, in Cetinje durch die dortigen Befehlshaber die sofortige Räumung Skutaris ungehindert und scharf zu verlangen und im Weigerungsfalle ein militärisches Vorgehen der Mächte zu beschließen. Sollte sich die Völkervereinigung gegen eine gemeinsame Aktion aussprechen, so würde Oesterreich-Ungarn allein oder zusammen mit dem dazu bereiten Mächten dem Willen Europas Geltung verschaffen.

### Der Esel im Frack.

Wien, 28. April. In Cetinje ist es zu groben Beschimpfungen gegen die österreichische Gesandtschaft gekommen. Am Montag behängten die Montenegriner einen Esel mit einem Frack und kündigten durch ein Plakat an, daß er einen Oesterreicher darstellen solle. Die Menge zog unter höhnischen Rufen mit dem Tier vor die österreichische Gesandtschaft und veranstaltete dort Kundgebungen. — König Nikolaus hat erklärt: Wir sind mit Skutari fertig geworden, wir werden auch mit Cattaro fertig werden. Man soll es nur mit uns versuchen.

## Politische Uebersicht.

### Reichstags-Ferien.

In einer letzten Dauer Sitzung hat der Reichstag die dritte Lesung des Etats zu Ende geführt, und die Volkvertreter haben die Pfingstferien begonnen, aus denen sie am 26. Mai zurückkehren sollen. Inzwischen soll die Budgetkommission die Behroorklage soweit durchgearbeitet haben, daß ihre zweite Lesung in Angriff genommen werden kann.

Noch an diesem allerletzten Tage versuchte die Regierung, die Abstriche, die in der zweiten Lesung vorgenommen worden waren, aufheben zu lassen. Aber ihr Angriff wurde jedesmal abgelehnt. Wiederholt in namentlicher Abstimmung bei den Dilmarkenzulagen, ebenso in der Frage des sechsten Reichsanwalts, hielt die Mehrheit des Hauses ihre Auffassung aufrecht.

Zu einem sehr interessanten und politisch höchst wichtigen Intermezzo kam es noch bei der Beratung des Reichsjustizetat. Der Reichsanwalt hatte in der zweiten Lesung der Sozialdemokratische Bekämpfung der Religion vorgeworfen und sich hierbei auf einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ berufen. Er hatte in diesem Zusammenhang sogar erwähnt, daß er den Reichsanwalt übergeben habe, mit dem Ertrinken um ein Gutachten für eine eventuelle Strafrechtsreform. Zunächst hatte er dem Genossen Dr. Veit mündlich mitteilen lassen, daß er bei Nennung der „Leipziger Volkszeitung“ sich allerdings geirrt habe, aber zu einer öffentlichen Zurücknahme seines Vorwurfs habe er sich nicht bewegen erlaubt. In der heutigen Sitzung wurde wiederum

73074  
J







# Zum Bergarbeiterstreik.

In Obersachsen gibt es keinen Schnaps! Wer hätte je geglaubt, daß dieses möglich sein wird. Alle Destillen haben geschlossen, selbst auf den Bahnhöfen ist der Schnapsverkauf verboten — das ist der erste, gewiß nicht zu unterschätzende Erfolg des Streiks. Man konnte am Sonnabend, am Sonntag und Montag im ganzen Streikrevier — dort, wo es sonst so viele, viele betrunkene Männer und auch Frauen gibt — direkt nach einem Besonderen suchen, aber es war keine zu finden. Und dabei hilft sich alles nicht, die Polizeibeamten haben nichts zu tun, und alles ist mit dieser Maßnahme einverstanden. Über diesen Vorgang wird gewiß noch manches Wort zu reden sein, aber heute schon kann gesagt werden, daß gerade der Regierungspräsident am allerdrücklichsten bewiesen hat, daß unsere Forderung auf Beseitigung des Fusels vollauf beachtet ist.

Die Lage des Streiks hat nun ihren Höhepunkt scheinbar erreicht, obgleich am Montag noch eine kleine Verstärkung zu verzeichnen war; denn neben dem Rest der Arbeiter auf den fiskalischen Gruben hat sich viel Maschinenpersonal dem Streik angeschlossen. Die Stimmung unter den Streikenden, sowie die Lage ganz allgemein erweist man aus dem Verlauf einer Streikerversammlung, die am Montag nachmittags in Rößberg bei Weitzsch O. stattfand.

Die vom Bergarbeiterverband einberufene Versammlung fand im Saale bei Pawelczyk statt. Es waren alle Tische und Stühle entfernt, und Kopf an Kopf standen die Anwesenden und zahllosen Frauen, aber bald war nicht nur der Saal, sondern auch der Garten voll, und große Scharen der Anwesenden mußten unverrichteter Sache abgehen. Markussekretär Wülfert vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes führte etwa folgendes aus: Der Streik ist die schärfste Waffe im wirtschaftlichen Kampfe, und niemand wird leichten Penzels zu ihm greifen. Nun sind alle Mächte dabei, die Einigkeit der Bergarbeiter zu fördern. Die kapitalistische „Kattowitzer Zeitung“, Flugblätter ohne Unterschrift und selber auch einige Führer in diesem Streik haben sich nun wiederholt auf mich bezogen und mir alles Mögliche in den Mund gelegt. Jetzt im Kampfe will ich mich mit den anderen kämpfenden Organisationen nicht auseinandersetzen, denn mir und meiner Organisation steht die Einigkeit über alles. (Stürmischer Beifall.) Aber ich erkläre ausdrücklich, daß ich den Streik für berechtigt halte, zumal da die Lage der ober-sächsischen Bergarbeiter die schlechteste im ganzen Reich ist. Ihr Kampf wird geführt um mehr Brot, Licht und Freiheit. Ich habe nie mit Vertretern der politischen Polizei gesprochen, nie ein Wort gegen den Streik gesprochen, sondern nur mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln dafür eingetreten, daß die Kameraden meines Verbandes in allen bestreikten Gruben wie ein Mann sich dem Streik angeschlossen haben. Wir kämpfen Schulter an Schulter mit den Kameraden der anderen Organisationen, und dieses werden wir bis zum letzten Augenblick tun. (Stürmischer Beifall.) Zur Lage selbst folgendes: Die Unternehmer können den Lohn erhöhen, denn 1911 wurden in Obersachsen für 318 Millionen Mark, 1912 für 398 Millionen Mark Kohle gefördert, für 300 Millionen wurden 1911 gefördert 311 Tonnen, 1912 aber 344 Tonnen. Der Lohn ist deshalb gar nicht gestiegen, sondern die Arbeiter haben einfach mehr geschafft; daher das kleine Mehr an Lohn. Nur haben die Arbeiter über 16 Jahre nach den Verträgen der Unternehmer 1912 einen Verdienst von 1060 Mark gehabt. Aber es gibt auch einen geheimen Bericht, der die Wahrheit sagt; dort ist der Lohn aber bedeutend niedriger angegeben. Nun betrug der Geldwert der geförderten Kohle 1912 pro Arbeiter 2920 Mark; zieht man den Lohn ab, so ergibt sich pro Kopf ein Ueberschuß von 1900 Mark, und wenn man 900 Mark für Betriebskosten berechnet, dann verbleibt ein Nettogewinn von 1000 Mark pro Kopf und Jahr, oder im ganzen Industriegebiet 120 Millionen Mark. Wären die Unternehmer mit 700 Mark Gehalt zufrieden und läßen dem Arbeiter 300 Mark pro Jahr zulegen, dann wäre den Arbeitern wohl, und auch Staat und Kommune ständen besser da. Aber die „Sächsische Zeitung“ weiß der Welt zu erzählen, daß es den Arbeitern gut geht und daß deren Frauen das beste von den Märkten fortlaufen. Das aber können doch bloß die Herren sein. (Stürmische Zustimmung.) Eine Frau rief: „Die Ruddle!“ (Erneute stürmische Zustimmung.) Redner bespricht dann die Lebenshaltung der ober-sächsischen Bergarbeiter und die Folge der Hungerlöhne, und kommt dann zum Schluß: Der angelegte dieser Sachlage gegen den Streik ist, was mir und meiner Organisation dieses unerschließt, der will nur einen Keil in die Einigkeit der Streikenden treiben; es aber kann ich nicht anders bezeichnen, als einen Verbrecher, der nur die Geschäfte des Kapitals besorgen will. Die bisherige Mäßigkeit, die Ruhe und Disziplin muß in jedem Falle auch weiter so bleiben, nicht Religion und Nationalität darf uns jetzt trennen, sondern alle Kräfte müssen vereint werden, dann wird und muß der Sieg an unsere Fahne gehetzt werden. (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall.)

Vorsitzender S. D. z. i. g. stellt fest, daß niemand das Wort wünscht. Nach einem letzten Schlußwort, wobei der Vorsitzende gleichfalls zur Mäßigkeit und Ruhe mahnt, wird die Versammlung mit einem breiten bannenden Hoch auf die Bergarbeiterbewegung geschlossen. Langsam strömen die mehr als 5000 Menschen ab, und überall wird die Rede Wülferts besprochen, die doch etwas ganz anderes war, als was in den Kapitalzeitungen zu lesen und lieber auch in den Versammlungen der Berufsvereinigungen zu hören war.

Als eine Gemeinlichkeit ohnegleichen muß ein Flugblatt des Grubenkapitals bezeichnet werden, das Wülfert gegen S. D. z. i. g. in Stentaniowitz redet läßt. Es sei hier ausdrücklich festgestellt, daß Wülfert in Stentaniowitz überhaupt nicht gesprochen und auch deshalb kein Wort in diesem Sinne gesprochen hat. Die mustergültige Ruhe und der gute Stand des Streiks ist es, was die Magnaten mit Neid erfüllt und zu solchen verlogenen Mitteln greifen läßt.

Am Sonntag wurden von der polnischen Berufsvereinigung 21 Versammlungen abgehalten. Die Versammlungen waren meistens unter freiem Himmel, und jede von über 2000 Personen besucht. Überall wurde beschloffen, weiteres im Ausstand zu beharren, und besonders die Arbeiter in den Maschinenbetrieben wurden aufgefordert, mitzukommen. Auch kommen täglich neue Wohnungen, daß Maschinen in den Streik treten.

Der „Ober-sächsische Wanderer“ erhielt eine Zuschrift aus Untermerzbach, die aber nichts weiter besagt, als daß die Forderungen der Streikenden glatt abgelehnt. Die Herren werden schließlich noch eine andere Meinung bekommen.

In den schlesischen Gruben werden in den ober-sächsischen Gruben die Ober- und Unterwerk, sind in einigen Abteilungen Feuerlöcher wegen Kohlenmangel eingelegt worden. Die

Streikbewegung wird immer stärker. Am Sonnabend sind auf Delboleschacht in Maloschan 720 Mann von 888 nicht eingelegt. Auf Brandenburggrube streiken 84 Prozent, auf Wolfsganggrube 57 Prozent, auf Graf Franzgrube 76 Prozent, auf Castellengrube 81 Prozent. In Kattowitz ist heute die Zahl der Streikenden um 4—500 Mann größer. Auf der Concordiagrube fehlten 378 Mann. Die Kaufleute sammeln für die Streikenden. Es sollen schon größere Beträge zusammengekommen sein.

## Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

### Auf zur Waise!

- Am 1. Mai finden nachfolgend verzeichnete Matversammlungen statt:
- Guttau, auf dem Grundstück des Herrn Wilhelm Müller in Kattowitz um 8 Uhr.
  - Wohlau, auf dem Grundstück des Herrn Scheide in Ganshagen bei Wohlau um 8 Uhr.
  - Trebnitz, im Saale des Herrn Langner in Neuhof bei Trebnitz um 8 Uhr.
  - Trachenberg, im Gasthause „Zum Stern“ um 8 Uhr.
  - Waldbrunn, im Gasthause „Zum gelben Löwen“ um 8 Uhr.
  - Wietz, in der „Harmonie“ um 11 Uhr.
  - Wilsch, im Gasthause „Zur Stadt Delz“ um 10 1/2 Uhr.
  - Wilsch, im Gasthause des Herrn Wohl um 4 1/2 Uhr.
  - Steinbock, auf dem Grundstück des Herrn Gustav Hoffmann um 8 Uhr.
  - Märzdorf, im Gasthause des Herrn Wohl um 8 Uhr.
  - Wansin, im Gewerkschaftslokal, Ende Breslaustr., 3 Uhr.
  - Strehlen, im Gasthause des Herrn Knoll um 11 Uhr.
  - Tschepitz, auf dem Grundstück des Herrn Ernst Pufan um 4 1/2 Uhr.
  - Gorsau, im Gasthause des Herrn Wende um 8 Uhr.
  - Neustadt, im Gewerkschaftshause um 2 1/2 Uhr.
  - Reife, im Rungengarten (Kattow) um 2 1/2 Uhr.
  - Hiegenhals, in Reimersfeld um 4 Uhr.
  - Wiesau, im Gasthause des Herrn Schreier um 8 Uhr.

## Der Gattenmordprozess gegen Frau Dr. Blume.

Am Freitag dieser Woche beginnt der Aufsehen erregende Kriminalprozess gegen die 24jährige Frau Eva Blume wegen Ermordung ihres Gatten, des archaischen Assistenten am Kaiser-Friedrich-Museum in Posen, Dr. Erich Blume. Es handelt sich um einen Prozess, der eine besonders psychologische Interesse bietet. Erich Blume war ein junger Gelehrter, der sich mit großem Eifer der archaischen Forschung gewidmet hatte. Er ist der Sohn eines pensionierten Oberpostsekretärs und seine Eltern leben in Steglitz bei Berlin. Der so jäh durch die Tat seiner Gattin ums Leben gekommene war erst 28 Jahre alt und taumelnd ein halbes Jahr verheiratet. Frau Blumes Vater ist Rittergutsbesitzer in der Provinz Posen, ein Bruder von ihr ist Offizier. Sie hatte Musikstudien gemacht. Die junge hübsche Frau, die von sehr lebhaftem Temperament sein soll, schenkte sich an der Seite des stillen ernsthaften Gelehrten nicht sehr wohl zu fühlen. Die Ehe gestaltete sich bald wenig glücklich. Durch ein Dienstmädchen erhielt Dr. Blume Kenntnis, daß seine Frau Beziehungen zu einem jüngeren Posener Arzt unterhalte. Im Mai vorigen Jahres übertrug er dann auch seine Frau in einem zärtlichen Zusammenhine mit ihrem Liebhaber, den er zwang, ihm schriftlich ein offenes Schuldbekenntnis abzugeben. Um einen Skandal zu vermeiden, veranlaßte Dr. Blume seine Verlegung nach Hannover. Ende September sollte seine Ueberführung dorthin erfolgen. Er hatte die Absicht, sich bei der Abreise von Posen von seiner Gattin zu trennen und von Hannover aus die Ehecheidung zu betreiben. Seine Frau suchte wiederholt vergeblich ihn von diesem Plane abzubringen. Am 10. September machte das Ehepaar einen Abschiedsbesuch bei einem höheren Provinzialbeamten in dem Vorort Unterberg bei Posen. Auf dem Rückwege zum Bahnhof ließ das Ehepaar sich im Walde auf einer Bank am Rastplatz nieder, und Frau Blume versuchte nachmals, ihren Mann zu überreden, von der Ehecheidung Abstand zu nehmen. Als Dr. Blume unerschütterlich bei seinem Willen blieb, zog sie heimlich einen geladenen Revolver hervor und gab auf den Nichtahnenden einen Schuß von unten in den Kopf. Die Kugel durchschlug den Unterkiefer, brang ins Gehirn und wirkte sofort tödlich. Die Mörderin eilte dann in ein in der Nähe gelegenes Restaurant und teilte hier mit, daß sich im Walde ein Mann erschossen habe. Als man hinzulief, war Dr. Blume bereits tot. Sie erklärte nun, daß es ihr Mann sei und daß er nach einem ehelichen Zwist Selbstmord verübt habe. Die Waffe war aber nirgends zu finden. Frau Blume gestand dann auch eifriges Bestreben, die Schüsse ihres Mannes zu bekommen, wie die Anklage annimmt, um in den Besitz des Schrifttums sich über die Anerkennung der ehelichen Untreue zu setzen. Nach der Anklage soll das auch das Motiv für den Mord gewesen sein. Dieses Schriftstück fand man bei der Durchsichtung der Wohnung im Ueberzieher des Ermordeten. Schon vorher hatte der Sektionsbefund einen Selbstmord unmöglich gemacht. Sie schenken lassen, sobald man zur Verhaftung der Frau Dr. Blume schritt. Sie räumte auch ein, daß sie im Horn und in der Verwirrung den Schuß abgefeuert habe, wollte aber zunächst die Absicht gehabt haben, sich selbst vor den Augen ihres Gatten das Leben zu nehmen, sobald er nicht einwilligen sollte, sich mit ihr auszuöhnen. Unter der Wucht des erdrückenden Belastungsmaterials hat sie im Laufe der Voruntersuchung ihr Geständnis jedoch erweitert und es ist gegen sie Anklage wegen Mordes erhoben worden. Frau Blume ist auf ihren Geisteszustand untersucht worden, jedoch von den Ärzten für strafunfähig erklärt worden. Daher muß sie sich nunmehr wegen ihrer entsetzlichen Tat vor den Geschworenen in Posen verantworten. Für die Verhandlung sind 5 bis 7 Tage in Aussicht genommen. Bekanntlich hat Frau Blume Ende vorigen Jahres im Gefängnis entbunden.

Wrieg, 29. April, Schiffsunfall. Bei dem hohen Wasserstande und der starken Strömung der Oder wurde am Sonntag früh in der siebenten Stunde der Dampfschiff D. Schulz in Stoberau bei Wrieg gehörend, mit 20 Mann beladene Kahn vor das Koppener Wehr getrieben. Erst nachdem die Ladung erleichtert war, gelang es drei Schleppdampfern, den Kahn wieder flott zu machen. Durch diesen Unfall wurde die Schiffsahrt über einen halben Tag stillgelegt.

— Gesundheitsschädigendes Baden. Am Sonntag nachmittags nahmen mehrere hiesige Einwohner von der Fischerstraße ein Bad in den jetzt noch kalten Fluten der Oder. Bei dem hohen Wasserstande ist es auch bei künftigen Schwimmgängen ein Wagnis, ohne jede Vorsicht in die Ober hinaus zu schwimmen. Die in Aussicht stehende Gründung eines Arbeiter-Schwimm- und Rudervereins wird wenigstens Aufklärung in den Reihen der Besieger Arbeitervereine schaffen. Der Wasserpark, ordnungsgemäß betrieben, fördert die Gesundheit am meisten.

Jauer, 29. April, Auf zur Waise! Die Genossen und Genossinnen versammelten sich am 1. Mai, früh 7 1/2 Uhr im „Ablen“ (Markt 7), Uhr nach Trebnitz. Dort wurde nach und nach dieser ins Steindruckgebet: Beschäftigung der neuen technischen Anlagen. Dann wurde über Ederberg nach Gemmelwitz Scholz Gasthaus und dann zurück nach Jauer. Dies nachmittags 5 Uhr: Versammlung im „Ablen“. Thema: Die Waise! und Landtagswahl. Redner: Genosse Fritzsch. Beginn 6 Uhr: Landtagswahl, Parteimitglieder und Gewerkschaftsmitglieder! Müde eifrig für das Best des Proletariats. Freut sich seines Veranstaltung! Geht überall pünktlich zur Stelle.

Stegensdorf, 29. April, Feuer. Sonntag früh gegen 4 Uhr brannte im benachbarten Durr-Küngendorf das

aus Holz gebaute Haus des Fabrikarbeiters Wilhelm Kappert vollständig nieder. Vier Feuerwehren waren am Brandplatz erschienen und diese hatten, nach der „Meister Zeitung“, bei dem ziemlich starken Winde große Mühe, die weitere Ausbreitung des Feuers auf die meist mit Schobendächern gedeckten Nachbargebäude zu verhindern. Das Schobendach eines Nachbarn hatte schon Feuer gefangen, doch konnte dieses durch Erdrücken werden. Auch war an jener Stelle Wasser mangel und darum die Spaltung der Schläuche sehr schwierig. Die Entzündung des Feuers ist noch unauflöslich.

Dunau, 29. April, Waldbrand. In den Waldungen des Fürsten von Solms-Baruth in Ritschdorf brach Montag ein Waldbrand aus, dem 10 bis 12 Morgen 50- bis 80 jährigen Stangenholzes zum Opfer fielen.

Delz, 29. April, Gewerkschaftskartell. In der letzten Sitzung gab der Kassierer den Kassierbericht, der mit einer Einnahme von 3731 M. und einer Ausgabe von 3258 M. abschloß. Die Kartellkasse hat zurzeit 4178 M. Bestand. Genosse Bautsch gab ferner Bericht über die Rechtsauskunftsstelle, die sich eines stetigen Zuspruchs erfreut. Es wurde folgender Passus festgestellt: Organisierte haben nur das veranlagte Porto, Nichtorganisierte für Auslagen und Porto 50 Pf. zu entrichten. Die Sprechzeit wurde wochentags von 11 bis 4 Uhr festgelegt, Sonntags nur in dringenden Fällen von 11 bis 12 Uhr. Die Rechtsauskunftsstelle befindet sich Marienstraße 14 bei Genosse Bausch. Zur Konferenz am 18. Mai der Kartellvertreter und Vertreter der Kartellvereine wurde Genosse Bautsch gewählt. Zum 1. Mai wurde eine allgemeine Ausflugsbeschlusse. Zusammenkunft 5 1/2 Uhr früh Groß-Martenbergstraße am Friedhof. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Das Ziel des Ausfluges wird beim Abmarsch bekannt gegeben. Unentschuldig fehlend: Tischler Reich und Zimmerer Schölzel.

Waldbrunn, 29. April, Schadenfeuer. Ein großes Schadenfeuer mitete in der Nacht zum Sonntag in unserem Orte. In der äußeren Dunsauer Straße brannten fünf Scheunen, von denen zwei mit Getreide und zwei mit Stroh gedeckt waren. Die Scheunen gehörten hiesigen Bürgern, die zum Teil recht bedeutende Heu- und Strohvorräte darin lagern hatten. Auch viele Ackergeräte sind verbrannt. Da glühende Bindrichtung war, blieben in der Nähe stehende Wohngebäude erhalten. Das Feuer, das in einer massiven Scheune herauskam, scheint böswillig angelegt worden zu sein. — Am Sonnabend mittag entlief im benachbarten Perzagswaldau ein Waldbrand. Es brannten ungefähr zehn bis zwölf Morgen Wald nieder. Der dem Feuer zum Opfer gefallene Bestand gehört zur Glehmansdorfer Herrschaft. Von mehreren Feuerwehren wurde der Brand erfolgreich bekämpft.

Wollstein, 29. April, Wer ist der Tote? Bei Bronlawy wurde von dem um 11 Uhr vormittags hier ein-treffenden Schnellzuge ein Mann überfahren und tödlich verletzt. Die Personalkasse des Zuges konnten noch nicht ermittelt werden.

Bromberg, 29. April, Vom Gewerkschaftskartell. Die letzte Kartellversammlung, an der auch die gesamten Vorstände der Gewerkschaften und Kolporteurs teilnahmen, befaßte sich im besonderen mit der „Volksfürsorge“. Es wurde allgemein die Notwendigkeit der ins Leben gerufenen Gründung anerkannt und man war sich darüber einig, diese nach Kräften zu unterstützen. Es wurde die dazu notwendige Kommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, gewählt. Ferner ist die Waise mit einer Versammlung und hierauf anschließendem gemeinsamen Spaziergang geplant. Von einem Genossen wurde über das Krankenlastwesen gesprochen. Hieran schloß sich eine sehr rege Diskussion.

Forbes, 29. April, Großfeuer. In der Nacht zum Sonntag gegen 2 1/2 Uhr in dem dreistöckigen Wohnhause von Bogdt aus, welches erst vor kurzem in den Besitz der Bank Ludowig übergegangen war. Da in dem Gebäude viel Holzwerk enthalten war, fand das Feuer reichliche Nahrung und griff schnell um sich. Die Einwohner des Hauses kamen kaum mit dem nackten Leben davon, viele von ihnen schwebten in Lebensgefahr. Der Schuhmacher Salowierski konnte mit Frau und drei Kindern über die brennende Treppe entkommen. Gegenstand die Familie des Schneidemeisters Koch darunter fünf Kinder, wehlagen am Fenster, denen durch das Flammenmeer der Ausweg abgeschnitten war. Dem mutigen Rettungskosten des Polizeibeamten Wiesel, Zivilinspektor Welfer, Schornsteinfeger Bahr und Maurer Bork gelang es, die in der Gefahr Schwebenden zu retten. Leider haben die mutigen Helfer Welfer und Bahr schwere Brandwunden an Kopf und Händen erlitten.

Bromberg, 29. April, Wozu die Stadt Geld hat. In der letzten Stadtratsversammlung wurde beschloffen, anlässlich des am 14. und 15. Mai hier stattfindenden Delegiertentages des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands eine Kasse von 400 Mark zu bewilligen. So geht der Magistrat und die Stadtratsversammlung mit den Steuergrößen der Bürger um, wozu auch andere Arbeiter als die evangelischen Arbeitervereine beitragen müssen. Wir möchten mal sehen, was der Magistrat und die Herren Stadtratsmitglieder wohl sagen würden, wenn auch die hiesigen Arbeiter der freien Gewerkschaften, die auch zu den Steuerzahlern gehören, mit einem berechtigten Antrage kommen würden.

**Erstklassig!**  
**Unsere**  
**Marine**  
2 Pfg.  
**CIGARETTE**



Georg A. Jasmartzi Akt. Ges.  
Dresden  
Größte deutsche  
Cigarettenfabrik

1871/L.

Wiederholender Redakteur Georg Jasmartzi, Dresden, Neudammstr. 10. Druck bei Jasmartzi, G. u. L. G. — Druck von G. Jasmartzi, G. u. L. G. — Druck in Dresden, Straße 10.







Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 29. April.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten stand, was den Besuch anlangt, etwas unter dem Zeichen des blauen Mantels, und unter diesem Eindruck wurden die ersten zwanzig Vorlagen sprachlos erledigt; darunter befanden sich auch die Mehrkosten für die Jahrhunderthalle und die kunstgeschichtliche Ausstellungshalle. Längere Aussprachen knüpften sich erst an einige Grundstücksangelegenheiten, zum Beispiel den Ankauf eines Landstreifens in Ostaschin, der von den bürgerlichen Parteien glatt abgelehnt wurde. Es wiederholte sich wieder einmal das alte Bild, daß Magistrat und Sozialdemokratie, Bürgermeister Trentin und Genosse Scholich für die Fortführung einer weitläufigen Bodenpolitik eintraten — gegen die geschlossene Mehrheit der reaktionär-liberalen Parteien. Bei der Beratung der Tunnelunterführung in der Grundstraße nach der Linke-Hofmann'schen Fabrik traten die Genossen Scholich und Philipp für weitere Wegeverbesserungen von der Grabschener Vorstadt und Pöpelwitz aus ein und wünschten die Ausbesserung der Märkischen Straße.

Bei der Herabgabe eines Platzes für Errichtung eines Tuberkulose-Krankenhauses stimmten eine Anzahl Klausenwärtzer Stadtverordneter nicht zu; unter ihnen befand sich Herr Werschel, der schon früher einmal gegen die Ueberweisung an den Gesundheitsausschuß VI eingetreten war, weil dieser ihm ausserordentlich unmenschenfreundlich ist.

Für die Anlegung eines Spielplatzes auf dem Terrain der Hoffmann'schen Fabrik, zwischen Kollet- und Friedrichstraße, setzte sich Genosse Löbe und Stadtverordneter Tilgner ein.

Es gelang der stotten Geschäftsführung des stellvertretenden Vorsitzenden, alle Vorlagen der Sitzung bis auf zwei, deren Referenten nicht erschienen waren, zur Erledigung zu bringen.

In einer anschließenden geheimen Sitzung teilten die Referenten des Ausschusses I kurz mit, daß sich dieser Ausschuss für die Wiederwahl des Herrn Witz zum Stadtbaurat und die Wahl des Magistratsassessors Preischer zum besoldeten Stadtrat entschieden habe. Eine Debatte knüpfte sich an diese Mitteilungen nicht. Ferner beschloß man den Ankauf des Hauses Pflückerplatz 14 für 100.000 Mark.

Unterführung an der Grundstraße.

Für eine Fußweg-Unterführung im Zuge der Grundstraße soll die Stadtverordnetenversammlung 5000 Mark als Beitrag an die Eisenbahn-Direktion zahlen. Der Berichterstatter, Stadtv. Scharte empfiehlt, die Vorlage anzunehmen.

Stadtv. Scholich (Soz.): Ich werde mit meinen Freunden der Magistratsvorlage zustimmen, möchte aber diese Gelegenheit benutzen, um von neuem auf die sonst noch in dortiger Gegend bestehenden Unbequemlichkeiten hinzuweisen. Seit langem sind Vorschläge an den Magistrat gelangt, die eine bessere, oder besser gesagt, überhaupt eine direkte Verbindung mit Pöpelwitz fordern. In einer an den Magistrat gelangten Petition sind einige Vorschläge in dieser Richtung gemacht. Diese Petition hat der Betriebsleitung der Linke-Hofmann-Werke vorgelegen und hat dort Billigung gefunden; sie hat sogar, wie aus dem der Petition beiliegenden Plane ersichtlich ist, selbst einen Vorschlag gemacht. Jedenfalls haben die beteiligten Arbeiter ein Recht, zu verlangen, daß Verkehrserschwerungen, die den weiten Kreisen der hiesigen Bevölkerung schaden können, geschaffen werden. Die Verwaltung der Linke-Hofmann-Werke steht allem Anschein den gedruckten Wünschen unvorbereitet gegenüber und ist, so weit ich unterrichtet bin, bereit, nicht Opfer zu bringen. Ich ersuche den Magistrat, die ganze Angelegenheit im Auge zu behalten und den bestehenden, schlimmen Zustand zu beseitigen.

Stadtbaurat v. Scholz: Ich habe schon neulich erklärt, daß die Verhandlungen dem Abschluß nahe sind, die den von Herrn

Scholz gewünschten Weg angehen. Bis jetzt konnte die Sache noch nicht erledigt werden. Wir sind bestrebt, die nötigen Verbindungen herzustellen.

Stadtv. Philipp (Soz.): Ich bitte, das Tempo in dieser Sache etwas zu beschleunigen. Es ist nicht wahr, daß es sich nur um wenige Arbeiter handelt; es kommen mindestens 2000 Arbeiter in Frage. Dann muß ich darauf hinweisen, daß die Zustände auf der Märkischen Straße gefährlich sind für Leben und Gesundheit der Anwohner und besonders der 5-6000 Arbeiter, die dort täglich verkehren müssen. Ich bitte den Magistrat, hier recht schnell die nötige Besserung zu schaffen; er hat ja gerade in diesem Jahre gezeigt, daß er auf anderen Gebieten sehr schnell beizugehen kann.

Stadtbaurat v. Scholz: Der Vorredner hat mich falsch verstanden. Nicht der Magistrat, sondern die Linke-Hofmann-Werke haben überhaupt, nur 10-12 Prozent der Arbeiter wohnen in Pöpelwitz. Auf der Märkischen Straße können wir nicht so schnell die Verhältnisse bessern, weil wir mit einem Teile der Hausbesitzer über die Abkennung des Bürgersteiges noch nicht einig sind. Der Berichterstatter erucht nochmals, der Vorlage zuzustimmen, was geschieht.

Errichtung eines Tuberkulose-Krankenhauses.

Der Magistrat beantragt, dem Verein zur Fürsorge für unheimliche Lungentranke ein Grundstück in Riechberg zu überlassen, damit er ein Tuberkulose-Krankenhaus errichten kann. Die Berichterstatter Stadtv. John und Tiege empfehlen die Ausschussaufträge, die auf Zustimmung lauten. Die Magistratsvorlage wird ohne Aufrufe angenommen.

Engherzige Grundstückspolitik.

Der Magistrat beantragt den Ankauf eines weiteren Grundstücks in Ostaschin zur Abrundung des bisherigen städtischen Besitzes. Stadtv. Melde (Soz.) empfiehlt namens des Ausschusses die Ablehnung der Vorlage. Die Zeit sei zu solchen Vorkaufsaktionen der Stadt nicht angetan und der Preis sei zu hoch.

Stadtrat Birke bedauert den Ausschussbeschluss. Die Stadt werde das 13 Morgen große Grundstück sehr bald brauchen.

Bürgermeister Trentin glaubt zwar nicht, daß es möglich sein wird, die Verhandlung dem Ausschussbeschluss abspenstig zu machen, wendet sich aber gegen den Ausspruch des Stadtverordneten Melde, daß die Stadt nicht verpflichtet sei, für Kinder und Kindeskinde zu sorgen. Was man dem früheren Oberbürgermeister Vender nachschuldet, ist vor allem keine weitläufige Bodenpolitik. Kinder und Kindeskinde werden uns einmal bittere Vorwürfe machen, wenn wir diese Politik nicht weiter verfolgen. Der Ankauf dieses Stückes Land sei noch eine Lieblingsidee des Oberbürgermeisters Vender gewesen.

Stadtv. Lettinger (lib.): Nach der Vorlage soll das Grundstück der Vergrößerung des Südparks dienen und jetzt hören wir auf einmal, wir werden es in kurzer Zeit brauchen. Auf solche Änderungen hin können wir aber nicht den Ankauf beschließen. Es ist hier nicht gefragt worden, wir brauchen für Kinder und Kindeskinde nicht zu sorgen, sondern nur, wir brauchen nicht mehr als notwendig für sie zu sorgen. Es ist ein großer Unterschied zwischen der Zeit von vor 15 bis 20 Jahren und heute. Die Preise des Grund und Bodens sind um das Vierfache gestiegen, so daß es fraglich ist, ob man in so großen Ankäufen noch eine weitläufige Grund- und Bodenpolitik durchführen kann.

Stadtv. Wohlsauer (lib.): Ich will den Ankauf nicht empfehlen, möchte aber doch sagen, daß wir prinzipiell die bisherige Politik weiterführen müssen. Wir könnten es später einmal sehr bereuen, wenn wir ein günstiges Kaufangebot zurückgewiesen haben.

Stadtv. Hamburger (lib.) Die vielen Einzelankäufe in der Gegend haben dazu geführt, daß die Grundstücke immer teurer werden. Wenn wir die heute verlangten Preise zahlen sollen, werden wir für die Erweiterung des Südparks noch 2 1/2 Millionen opfern müssen.

Stadtbaurat v. Scholz weist darauf hin, daß Breslau in Bezug auf Freizeitanlagen und Grünanlagen hinter anderen Großstädten noch zurücksteht.

Stadtv. Scholich (Soz.) erachtet die Gründe des Ausschusses für die Ablehnung der Vorlage nicht als stichhaltig. So erheblich teurer sei das Land nicht als das früher gekaufte. Die Stadt hat früher schon 9000 Mark für den Morgen bezahlt, und jetzt werden 9250 Mark verlangt. Wenn erst mit den Ankäufen begonnen wurde, müsse das Werk auch fortgesetzt werden. Das angebotene Stück Land ist bereits von drei Seiten von städtischem Besitz umgeben. Wenn gesagt wird, die Stadt habe gegenwärtig kein überflüssiges Geld, so steht das so aus, als ob die früheren Ankäufe nur mit überflüssigem Gelde erfolgt seien.

Breslau steht in Bezug auf seine Grünfläche an 23. oder 24. Stelle. Wenn wir für die Ausdehnung so großzügige Summen bewilligen, dann sollen wir hier nicht so feinklein sein. Es ist zu bedauern, daß Herr Lettinger seinen früheren weitläufigen Standpunkt in dieser Frage nicht mehr einnimmt.

Stadtv. Jeron (Zentr.): Die Gründe für und gegen den Ankauf sind im Ausschuss ausführlich erörtert worden. Die Stadt soll sich darauf beschränken, die Teile des Pflanzbaumes Land anzukaufen.

Stadtv. Jungfer (lib.): Wir sind nicht prinzipielle Gegner des Ankaufs, aber der Preis ist uns zu hoch.

Stadtv. Lettinger (lib.): Herr Scholich möchte ich sagen, daß es doch noch keine Änderung der Anschauungen bedeutet, wenn man einmal einen Ankauf ablehnt.

Der Ankauf wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Nur der liberale Stadtv. Melde stimmt mit für den Ankauf.

Unser Maizeichen.

von dem wir heute ein Bild bringen, ist eine schöne Metallnadel. Auf goldigem Grunde sehen wir die Worte „1. Mai“, die Einfassung ist grün und weiß die Sprünge aufzulösen, die das Ganze schmücken.



Das Maizeichen, das ein hübsches Andenken ist, kostet nur 10 Pfg., es wird in den Ausflugsorten von Genossinnen verkauft, die diese Arbeit bereitwilligst übernommen haben.

Am 1. Mai

werden wie immer auch die Breslauer Gewerkschaftler und Parteigenossen ihre Pflicht erfüllen und eine würdige und eindrucksvolle Kundgebung veranstalten.

Vormittag um 11 Uhr gehen wir in zwei große Festveranstaltungen im „Gewerkschaftshaus“ und im „Kronprinzen“, Westendstraße 60/52. Die Veranstaltungen werden mit Gesang eröffnet und geschlossen.

Nachmittag von 3 Uhr an Ausflug nach Morgenau in die Gartenstadt: „Rosengarten“ (Neuberg), „Fürstentale“ (Lampner) und „Bürgerale“ (Sindermann), dort Gartenfest in allen drei Lokalen, turnerische athletische und Radfahrer-Vorführungen.

Abends von 7 Uhr an Unterhaltung und Tanz im Gewerkschaftshaus.

Parteigenossen, Gewerkschaftler! Da der 1. Mai diesmal auf einen Feiertag fällt, können alle mit ihren Frauen und Kindern an der Maifeier teilnehmen. Also hinaus in Massen zum Feste der Arbeit!

Zum Ausflug nach Morgenau versammeln sich die Genossen und Genossinnen nachmittags 2 Uhr in den Distriktslokalen.

Achtung, Arbeiter-Sänger!

Die Arbeiter-Sänger für die Mai-Veranstaltungen treffen sich am 1. Mai um 10 1/2 Uhr vormittags in folgenden Lokalen:

- Unterbezirk 1 im „Kronprinzen“, Westendstraße.
Unterbezirk 2 im Gewerkschaftshaus.

Die Sänger werden gebeten, pünktlich zu sein.

Gesundheitsbericht. In der Woche vom 18. bis 19. April 1913 sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes in Breslau 108 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 283 Kinder geboren; davon waren 223 ehelich.

Kunst und Wissenschaft.

Das Rätsel der Marskanäle und damit die Frage der Bewohnbarkeit des Planeten Mars erörtert der berühmte englische Astronom und Direktor der Greenwich-Sternwarte, Sir Walter Baumbach, in einem reich illustrierten Aufsatz in den beiden erschienenen Lieferungen 23-26 des Fachwerks „Die Wunder der Natur“ (Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57, Preis der Lieferung 60 Pfg.). Wenn wir uns die Frage vorlegen wollen, führt Baumbach unter anderem aus, ob der Planet bewohnt ist, so müssen wir zuerst wissen, wie hoch auf diesem Planeten die durchschnittliche Temperatur ist. Da wir die Entfernung des Mars von der Sonne kennen, wissen wir, daß er noch nicht einmal die Hälfte von dem Licht und der Wärme empfängt, die die Erde von der Sonne erhält. Ziehen wir uns auf Erden eine Zone in der Nähe der Pole, die nur die Hälfte der Wärme erhält, die der Äquator empfangt, so läßt sich leicht ermitteln, daß diese Zone eine nur 28 Grad Celsius geringere Jahrestemperatur hat, als der Äquator. Demgemäß müssen wir annehmen, daß die Durchschnittstemperatur auf dem Mars 28 Grad niedriger ist als die der Erde (15 Grad Celsius). Daraus ergibt sich, daß unser Nachbarplanet eine mittlere Jahrestemperatur von -13 Grad Celsius besitzt. Wasser existiert also auf dem Mars für gewöhnlich nur als Eis oder Schnee. Wenn wir den Mars trotzdem nicht hellweiß funkelnd wie ein Astfall im Fernrohr sehen, sondern ihn als „rötlichen“ Planeten mit weichen Polkappen wahrnehmen, so liegt das daran, daß wir ihn nur in seinen besten Zeiten sehen; er zeigt uns den Sommermittag seiner Wendezeit, verbergt uns aber den Winter seines Älbergnügens. Unter solchen Temperaturverhältnissen wird schon ein Pflanzenleben der niedrigsten Form nur mühsam den Kampf ums Dasein führen können. Für ein Leben von höherer Art müssen wir jedoch den Mars als gänzlich ungeeignet bezeichnen. Die Marskanäle erklärt Baumbach für Wahrnehmungstäuschungen unseres Auges. „Die ruhelosen Kanalarbeiter des Mars“, schreibt der Greenwicher Astronom, „werden halb mit Gnommen und Kobolden und anderen Fabelwesen auf einer Stufe stehen.“ Die gleichen Überlegungen, die den zweiten Band des namentlich auch illustrierten nicht zu überbietenden Werkes betreffen, bringen ferner eine Schilderung des Ameisenlebens aus der Feder eines Gelehrteren als Professor Dr. R. S. S. (Tharant), eine Schilderung des Guanoden, des „Nimmels“ aus Scheffels „Gaudemus“, eine Plauderei über die „Königin der Wasserrosen“ (Victoria regia) von Raoul G. France, über „Vögel, die nicht fliegen können“ von Wilhelm B. B. B., eine Studie über den ostafrikanischen Gigantosaurius aus der Feder seines Entdeckers,

Professor Dr. E. Fraas (Stuttgart) und vieles andere. Alle diese Aufsätze werden durch eine Fülle von hervorragenden schönen Reproduktionen zumeist nach photographischen „Natur-Urkunden“ erläutert.

Das größte Fernrohr der Welt. Dieses Fernrohr geht seiner Entstehung entgegen, aber es scheinen sehr große Schwierigkeiten bei seiner Ausführung eingetreten zu sein. Der Auftraggeber ist die Sternwarte auf dem Mount Wilson in Kalifornien, die besonders für Sonnenuntersuchungen bestimmt ist. Sie verfügt bereits über ein Fernrohr, dessen Spiegel einen Durchmesser von 1 1/2 Metern besitzt. Schon vor mehreren Jahren aber wurde bei einer französischen Glashütte ein Spiegel in Bestellung gegeben, der den Durchmesser von 2 1/2 Metern erhalten und damit alle Apparatteile dieser Art, die jemals geschaffen worden sind, weit hinter sich zurücklassen sollte.

Die französische Firma war auch die einzige in der ganzen Welt, die den unerhörten Wunsch einer so großen Glasmasse wagen wollte. Bisher hat sie den Befähigungsnachweis für die Lösung dieser außerordentlichen Aufgabe aber nicht zu erbringen vermocht, denn sie hat zwar den Messenpiegel vor einiger Zeit nach Kalifornien abgeliefert, die Untersuchung ergab aber, daß seine Art den festgelegten Bedingungen nicht entsprach. Die französische Glashütte hat sich infolgedessen anheftig gemacht, einen neuen Spiegel zu gießen.

Unterdes haben die Astronomen, um ja nichts zu versäumen, den ersten Glaspiegel weitergeprüft, nachdem sie ihn einer amerikanischen Werkstatt zu einer nochmaligen Verarbeitung gegeben hatte. Leider bleibt es aber dabei, daß der Spiegel praktisch wertlos ist. Da der Guß einer so großen Glasmasse nicht nur besonders Schwierigkeiten bereitet, sondern auch eigene Vorkehrungsmaßregeln verlangt, so wird noch geraume Zeit vergehen, bis die zweite Spiegelfabrik ihre Weg über den Ozean wird antreten können. Die französische Glashütte glaubt aber aus der ersten Erfahrung so viel gelernt zu haben, daß sie jetzt im mit auf ein Gelingen des zweiten Gußes rechnet.

Aus aller Welt.

Die „patriotische Kunst“ wirkt herausfordernd! Es hat sich in Venedig etwas Begebenes, das bei dem unbedeutendsten Dritten sehr viel Schwingungen erwecken wird. Anton v. Werner, der nationale Stiefelmaler (in Fachkreisen so genannt, weil er auf seinen Gemälden mit besonderer Vorliebe blank gepulverte Stiefel darstellte, die ihm auch sehr gut gelangen) und die „hohe Stelle“, die bei uns in allen Stiefeln Kunststücken entscheidet,

waren bisher ein Herz und eine Seele. Anton rebete in der Akademie gegen die Exzeption, und die „hohe Stelle“ zeigte sich unerbittlich gegen die Rinnsteinkunst. Und dieser Hohenzollernmaler ist mit seinen großen patriotischen „Schinken“ (Sebanpanorama usw.) nicht zur Ausstellung im Berliner Glaspalast zugelassen worden. In dem Jahre, wo E. M. sein Publikum feiert und der von ihm bevorzugte Akademiepräsident 70 Jahre alt wird und die nationale Woge berghoch geht!

Welch eine Wendung! Die „Voss-Zeitung“, die diesen amüsanten Beitrag zur Hofgeschichte beiseuert, verrät auch die Motive: Man findet eben diese Wernerischen Bilder, die der König von Preußen leinertzeit angekauft hat, herausfordernd und aufreizend und nimmt zarte Rücksicht auf die Stimmung der westlichen Nachbarn.

Die „Weltgeschichte“ ist doch manchmal nicht ohne Ironie. Die Hofkreise befehlen sich zu unfeiner Anschauung, die in den Schlachtenbildern immer sehr wenig Kunst und sehr viel schauwinstliche Hehe gefunden hat. Und die Patrioten getrennt, vor der zahmen Vossin angefangen, ob der Unterdrückung berechtigter nationaler Empfindungen und allzu ängstlicher Rücksichtnahme auf die nationale Eigenliebe anderer.

Eifersucht im Löwenkäfig. Im Münchener Tierpark starb vor einigen Wochen ein prächtiger Löwe, Roland mit Namen, und seine Zellen- und Lebensgenossin, Minna, war somit trainierte Witwe geworden. Da man nur noch einen Löwen im Tierpark hatte, veranlaßte man ihn, seine Liebe zwischen Minna, seiner bisherigen Gattin, und der Witwe Rolands zu teilen. Bald durfte also Minna zu ihm in den Käfig, bald wieder Minna. Aber dieser begabte dieses dreieckige Verhältnis nicht recht, und immer, wenn sie Minna im Käfig ihres Gatten sah, wühlte, gebärdete sie sich wie toll. An einem der letzten Tage nun bot sich ihr endlich eine Gelegenheit, ihrer Nebenbuhlerin eins auszuwichsen. Es war ein sonniger Nachmittag, und darum hatte man die drei auf die Löwenrasse gelassen. Minna, durch ein Gitter vom Löwen getrennt, trotzte Minna, und reißt, ebenfalls vom Löwen durch ein Gitter abgetrennt, konnte sie Minna. Auf einmal packte Minna die Gattin. Es heißt, daß Löwen nicht ins Wasser gehen, aber Minna machte diesen Satz zu nichts. Mit einem gewaltigen Satz war sie in dem Wasser empor; entsetzt fliehen die Leute, die an der Terrasse saßen. Minna schwimmt. Schwimmt aber nicht etwa zu ihrem Gemahl, sondern zur Terrasse ihrer Nebenbuhlerin. Willens nicht zu sich auf Minna, und in den Haaren liegen sie beide. Minna eilen herbei; man öffnet die Tür, die zum Käfig führt, und Minna schießt in mächtigem Satz, wie eine Matrose, die von der Gattin ürgs. Niedern überbracht wird, durch die enge Pforte.



geboren (3 männl., 2 weibl.), Mit den 10 nächstfolgenden gemeldet werden...  
1896 geboren (3 männl., 2 weibl.), Mit den 10 nächstfolgenden gemeldet werden...  
1897 geboren (3 männl., 2 weibl.), Mit den 10 nächstfolgenden gemeldet werden...

### Mehrkosten für die Jahrhundertfeier.

Die Mittel für die kulturgeschichtliche Halle sollen um 9000 Mark vergrößert werden und für die Jahrhunderthalle, die bereits 1.896.000 Mark gekostet hat, sollen noch 495.000 Mark nachbewilligt werden. Beide Anträge wurden dem Bauausschuss überwiesen.

Für eine Flugvorführung während der Jahrhundertfeier ist 1912 dem Schlesischen Aeroklub ein Betriebsvorschuß von 25.000 Mark bewilligt worden. Die Versammlung gewährte jetzt von diesem Vorschuß 3000 Mark für Preise.

Dem Plane, in der Elbvorstadt auf der Malleserstraße ein Wohnhaus zu errichten, wurde mit einigen Änderungen zugestimmt. Die Kosten ermäßigten sich von 131.000 Mark auf 125.000 Mark.

Die Frage des nördlichen Fußgängerweges am Weidenbamm wurde auf Antrag des Bauausschusses dahin erledigt, daß der Magistrat ersucht wurde, zur Behebung der technischen Schwierigkeiten den Fußweg am Wasserbehälter erst abzulassen.

Für die Schaffung einer Wasserleitung an der Malleserstraße 1. und 2. Hof wurden 37.800 Mk. bewilligt. Der abgeänderte Bewilligungsplan für den Teil der Südvorstadt östlich der Güter-Umgehungsseilbahn zwischen Döberitz-, Knappe-, Gärtenberg-, Gable-, Krawitzer- und Günterstraße wurde mit der Maßgabe genehmigt, daß der Teil des Bewilligungsplanes südlich der Krawitzerstraße noch nicht festgestellt ist.

Der Vorschlag des Bewilligungsplanes für den Bau des Friedrichs-, Steinhilber-, Götze- und Gräbnerstraße, hauptsächlich zu dem Zwecke, den Spielplatz an der Friedrichstraße zu vergrößern, wurde zugestimmt.

Ferner wurde noch beschlossen: Die schadhaften Schmiedehämmern Warmwasserrohr im Wenzel-Gandke-Krankenhaus durch Kupferrohre für 9900 Mark zu ersetzen; die Mieteung einer Schulstraße Paradiesstraße 9 für 600 Mark jährlich; die Befestigung der schiefen Landstraße für 3300 Mark; der Bau eines Schuppens in der Scheiniger Baumstraße für 2000 Mark; die Deckung der Straßenanlage für das Grundstück Krawitzerstraße 46/48 mit 6584 Mark und die Deckung der Straßenanlage, Kosten für Osterstraße 40/42 mit 4585 Mark.

### Eine Rabenmutter.

Der Breslauer Kinderzuchtverein hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, Kindererziehung zur Angelegenheit zu bringen und die geringsten Kinder aus den Händen roher Eltern und Erzieher zu befreien. Im Dezember 1912 ging dem Verein die Mitteilung zu, daß die Rentiere Emma Meyer, geborene Bura, in Breslau ihren sechsjährigen Sohn Waldemar unheimlich behandelt. Durch eine Fürsorgebehörde, die mit den Ermittlungen betraut wurde, konnte in der Tat festgestellt werden, daß Frau Meyer das Kind in recht grausamer Weise behandelt hatte. Auf Veranlassung des Vormundschaftsgerichts wurde der Knabe der Mutter entzogen und anderweitig in Pflege gegeben. Wegen gefährlicher Körperverletzung mit gefährlichen Werkzeugen wurde die Rentiere unter Anklage gestellt. Wie die Beweisaufnahme vor dem hiesigen Schöffengericht ergab, hat die Angeklagte den Jungen wiederholt sehr hart mit einem Knüttel geschlagen, daß blutunterlaufene Stielen am ganzen Körper zu sehen waren. Vor dem Schlafengehen mußte der Knabe niederzinken und das Baderzimmer sprechen. Wenn er beim Beten stockte, half die zöke Mutter mit Stockschlägen nach. Als barbarisch muß es bezeichnet werden, daß die Angeklagte den Knaben oft auch auf die nackten Fußsohlen geschlagen hat. Daneben wurde das Kind auch mit geschmälter Nahrung, oft auch durch völlige Nahrungsentziehung, gepeinigt. Die dreißig Jahre alte Angeklagte war früher Büffelschlepperin, dann

berg verunglückte nachts gegen 12 1/2 Uhr unweit der Bejen, schenke bei Burkhardttsdorf. Von den 27 Insassen wurden 25 verletzt, darunter mehrere schwer. Die Schwerverletzten wurden ins Chemnitzer Krankenhaus gebracht.

Der Unfall entstand dadurch, daß der Chauffeur beim Versetzen des Motors abstieg und wahrscheinlich die Bremsen zu stellen vergaß, so daß der schwere Wagen den abschüssigen Berg zurückschaltete, umstürzte und völlig zerstört wurde.

Die Toten des Torpedoboots „S. 178“. Das Wrack des Torpedoboots „S. 178“ wurde Sonntag früh in Gegenwart einer Gerichtskommission in Wilhelmshaven geöffnet. Es wurden folgende Leichen geborgen: Steuermann Gubenhaager, Maschinistenmaat Einhaus und Moller, Oberbootsmannmaat Barton, Sanitätsmaat Senft, Oberanwärter Gehaus und Matrose Wiedecke. Ihre Beerdigung soll am Dienstag stattfinden.

Todesfall eines britischen Fliegers. Leutnant Rogers des 1. Fliegerkorps starb am Montag bei Farborough infolge böigen Windes mit seinem Cobby-Zweidecker aus vierhundert Fuß Höhe herab und wurde sofort getötet. Die Maschine ging in Flammen auf.

Zwei Kinder ertranken. Am Sonntag nachmittag sind in einem Bassenkübel in Speiborf (Rheinland) zwei Knaben im Alter von 12 und 13 Jahren, die beide des Schwimmens unfähig waren, an einer tiefen Stelle ertrunken, ehe Hilfe gebracht werden konnte. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Ein deutscher Ballon in Danemark gelandet. Von den deutschen Luftballons, die am Sonntag nachmittag in Dresden-Neudorf aufsteigen waren, um ihre Beteiligung am Gordon-Bennet-Rennen zu erkämpfen, hat heute die Mehrzahl den Großen Belt und das Kattegat überflogen. Der Ballon „Prinz Adolf“ aus Bonn ist heute früh bei dem Dorfe Hvalby unweit Hoeskilde niedergegangen. Kurz vor der Landung des Ballons stürzte der Führer, Fabrikant Andersen, der sich auf den Rand der Gondel gestellt hatte, um die Landung vorzubereiten aus einer Höhe von fünfzig Metern ab, und wurde erheblich verletzt.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

Seine Stützen. Gabriel Seidl gestorben. Am Sonntag nachmittag ist der bekannte Architekt Gabriel Seidl, einer der ersten Baumeister Deutschlands, im Alter von 65 Jahren gestorben. Seit drei Monaten hatten ihn die Nerven bereits ausgezehrt, Seidl hoffte dagegen noch bis zum letzten Moment auf Genesung.

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...  
geirte... vor vier Jahren einen... der vor seinem... seinen... als...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...

preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...  
preußischen Provinzen mit... durch toll...



drang dem Parlament zu sein, in dem nächsten Winter, ohne geschickterweise außer einer Fleischwunde weiteren Schaden anzurichten.

**Schwitz.** Unsere Bezirksversammlung fand am 27. April in unserem Distriktslokal Drachenbrunn statt. Dieselbe war von 10 Mitgliedern besucht. Die Tagesordnung war die Neuwahl eines Bezirksführers und unsern Mitarbeiter. Da Genosse Wabnitz sein Amt als Bezirksführer niederlegte, mußte zu einer Neuwahl geschritten werden. Gewählt wurden als Bezirksführer Genosse Goldbach, als Bezirksführer Genosse Fischer und Schuster, als Schriftführer Genosse Wabnitz, als Delegierte Genosse Fischer und Schuster, als Berichterstatter Genosse Fischer. Dann wurde die Mitarbeiter besprochen.

**Neumarkt.** Bezirksversammlung. In der am 28. d. M. abgehaltenen Bezirksversammlung behandelte Genosse Oskosky-Breslau in einem Vortrage das technische Verfahren der Wahl zum preussischen Landtage. Seine Ausführungen, die näheren Aufschluß über das Verfassungssystem gaben, fanden eine beifällige Aufnahme. Die diesjährige Maifest, die mit dem Distrikt 28 gemeinschaftlich begangen wird, beginnt am Tage des 1. Mai mit einer öffentlichen Versammlung. Die weitere Festveranstaltung findet am Sonnabend, den 3. Mai, abends 8 Uhr, statt und wird bestehen aus Konzert und Ball. Beide Veranstaltungen werden im „Selben Bienen“ abgehalten.

**Dom Kaufmännische.** Am letzten Sonntag hielt der Konsumverein für Aegidius und Umgebung (Verkaufsstelle 7) im „Selben Bienen“ eine Mitgliederversammlung ab. Geschäftsführer Wöhrling-Biegnitz gab einen näheren Bericht über das Geschäftsergebnis für die Zeit vom 1. Juli 1912 bis einschließend den 31. März 1913. Der gegebene Bericht ließ zahlreich eine weitere Entwicklung des Vereins erkennen. Auch unsere Verkaufsstelle hat im Vergleich mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine weitere Umsatzerhöhung erfahren. Die dreimalige Adhärenzkommission wurde wegen der ihr zufallenden Agitationsfähigkeit um das Doppelte vermehrt. Mit einem Vortrag über die „Vollzinsfrage“ eroberte die letztere etwas schwach besuchte Versammlung.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Schneider-Verband.

Ueber den fleißigen Verlauf der Lohnbewegung der Konfektionsschneider in Berlin berichtete am Montag in einer zahlreich besuchten Versammlung der Konfektionsschneider und Schneiderinnen im Breslauer Gewerkschaftshaus der zweite Verbandsvorsitzende Schaertl aus Berlin. Trotz aller Anstrengungen der Arbeitgeber, Arbeitswillige zu finden, die Erleichterung zu verrichten, ist es dank der Festigkeit der Streikenden gelungen, wesentliche Vorteile für die in der Breslauer Konfektionsindustrie Beschäftigten zu erreichen. Die Arbeitgeber vercharren anfangs bei ihrem Standpunkt, nicht mehr als fünf Prozent bewilligen zu können und brachten zur Begründung alle die Dinge vor, wie sie von den Unternehmern in der Konfektionsbranche stets angehalten werden. — Schließlich mußten sie einsehen, daß die Arbeiter mit diesem geringen Zugeständnis unzufrieden sein werden und so kam es zu zentralen Verhandlungen, die den Erfolg hatten, daß größere Zugeständnisse von 7 bis 10 Prozent, bei verschiedenen Arbeitern sogar bis 14 Prozent Zulage gewährt wurden. Allerdings, Mühe und Arbeit hat es gekostet. Neun Tage und neun Nächte ist verhandelt worden, ehe der Tarifvertrag unter Dach und Fach gekommen war. Der Verband habe ganze Arbeit gemacht und auch daran gedacht, die einer Verbesserung am dringendsten bedürfen — der Polen- und Westendamerinnen. Auch für diese Arbeiterinnen ist eine Lohnherabsetzung erwirkt worden. Im nächsten Jahre laßt in Breslau der Tarif ab. Es gelte auch hier Verbesserung zu schaffen, denn Breslau sei zwar eine große Konfektionsstadt, aber von allen Konfektionsstädten werden hier die niedrigsten Löhne gezahlt. Wollen die fleißigen Kollegen und Kolleginnen ihre Lebenslage verbessern, dann müssen sie sich alle dem Verbande anschließen; denn nur der geschlossen auftretenden Kollegenschaft gegenüber würde sich der Zentralverband der Unternehmer geüßig zeigen. Die Ausführungen fanden großen Beifall. Kollege Richter ermahnte ebenfalls zum Anschluß. Es gelte im neuesten Tarif die Arbeitszeit zu regeln und eine Sicherheit für das Einhalten der tariflichen Vorschriften zu schaffen.

### Aus der Arbeiterbewegung in Chile.

Auch in Chile hat die moderne Arbeiterbewegung jetzt festen Fuß gefaßt, wie aus der ersten Jahresübersicht der chilenischen sozialistischen Partei ersichtlich ist. Diese ist im Juni 1912 von 23 Sektionen der alten demokratischen Partei gegründet worden. Allerdings erstreckt sich die Bewegung hauptsächlich auf die Hafenstadt Quaique und einige andere Städte, doch läßt die rasche Ausbreitung in den wenigen Monaten seit dem Bestehen der Organisation das Beste erwarten. Anfangs 1912 gab es nur Gewerkschaften der Schiffszubereiter und der Bäcker, neben einer Genossenschaft der Buchbinder. Die Partei besitzt seit einem Jahre ein eigenes Organ in spanischer Sprache, das anfangs halbwöchentlich, jetzt dreimal wöchentlich erscheint und demnach in ein Tageblatt umgewandelt werden soll. Die Auflage ist inzwischen von 1200 auf 3500 Exemplare gestiegen. Das Blatt wird von einer Genossenschaft verlegt, der 250 Genossen schon 6000 Pesos einzahlten. Für die Kaitation wurden fünf Broschüren in 18.000 Exemplaren herausgegeben. Besonderen Erfolg verspricht man sich von einer Agitationsreise, die der Genosse Pablo Iglesias demnach in Chile wie in anderen südamerikanischen Republiken machen wird und für die sich überall aus Mitgliedern von Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsame Komitees gebildet haben. Eine Reihe von Gewerkschaften sind gebildet worden oder in der Bildung begriffen, so daß alle Hoffnung besteht, die schreckliche Zeit seit dem jurechtbaren Ausbruch anläßlich des Streiks im Jahre 1907 durch eine starke Bewegung zu beenden, die auch den ausgebeuteten und rechtlosen Arbeitern dieses reichen Landes bessere Zustände verschaffen wird. Die rücksichtslos die herrschenden Klassen nach mit den Arbeitern umspringen, wird an einem brasilianischen Beispiel gezeigt. Die Provinz Katapaca lieferte dem Staate im letzten Jahre 84 Millionen Pesos an Steuern für die Wahrung von Soldaten. In dieser Zeit sehr entwickelten Industrie ist die Zahl der Unfälle und Entsalten ganz erschreckend groß, da es an der Durchführung irgend welcher Schutzmaßnahmen völlig mangelt. Trotzdem aber der Staat solche ungeheure Einnahmen aus dieser Industrie zieht, ganz abgesehen von den riesigen Profitten der beteiligten Unternehmer, hat er für die Arbeiter bisher auch noch nicht einmal ein Sozialgesetz geschaffen. Da allerdings bleibt der Selbsthilfe der Arbeiter noch ein weites Feld.

### Stadt und Provinz.

**Zur Tarifbewegung im Breslauer Bier- und Brauereiwirtschaft.** Eine allgemeine Bezirksversammlung, die am Donnerstag im Parken Garten stattfand, nahm die Vertretung über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung entgegen. Die Verhandlungen mit den beiden Innungen haben indessen noch nicht stattgefunden, weil dieselben noch immer sich zu den Forderungen der Gewerkschaft verhalten.

Nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden G. Liss aus Berlin über das Thema „Unsere Lohnforderung und die Verhältnisse“ gelangte schließlich eine Resolution zur einstimmigen Annahme des Inhalts: Die am 24. April im Parken Garten tagende Bezirksversammlung erkennt die von der Gewerkschaft angeführten Mißstände der Verhältnisse als bedauerlich an. Die Versammlung unterstützt die Stellungnahme des Verbands, die Forderung der Gewerkschaften und appelliert an die Ge-

amlich der Breslauer Gewerkschaft, durch Einschub an die Organisation den gestellten Forderungen zur Durchführung zu verhelfen.

**Wagung, Sattler und Roffenmacher.** Die Kollegen der Roffen- und Sattlerfabrik R. Krause (Walla Str.) Berlinerstraße, haben Forderungen eingereicht. Durch das ablehnende Verhalten der Firma wird es zu ersten Differenzen kommen und ist daher der Betrieb gesperrt.

### Die Ortsverwaltung.

In der Gemeindefelg, Sandwirtschafliche Maschinenfabrik Stegnitz, sind Montag, den 28. April, sämtliche Tischler, Stellmacher und Maschinenarbeiter in den Ausstand getreten. Die Betriebsleitung hatte den Arbeitern eine sogenannte Tarifregulierung unterbreitet, die nicht weniger als Abzüge in Höhe von 15 bis 80 Prozent vorsah. Die verfruchteten Verhandlungen schloßten an der „Zuvorkommenheit“ des Betriebsleiters Herrn Groen. Zugun ist fernzuziehen, alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

## Preussisches Abgeordnetenhaus.

177. Sitzung, Montag, den 28. April.

Präsident Graf v. Schwerin-Binsk eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Zur Beratung steht die dritte Lesung des Gesetzesentwurfs, betr. Abänderung des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen von 1838. Es handelt sich darum, daß der Eisenbahnenbau bei Enteignungen von Gelände, das für Eisenbahnbau notwendig ist, entscheidende Stellung einnimmt.

Eisenbahnminister v. Breitenbach stellt, wie schon bei der zweiten Lesung zur Erwägung von der Durchberatung des Gesetzes jetzt abzusehen. Die Widersprüche zwischen den Beschlüssen der Kommission, denen in zweiter Lesung das Haus zugestimmt hat, und den Ansichten der Regierung seien zu groß. Die Regierung wird im nächsten Jahre eine neue Vorlage einbringen. Auf Antrag des Abg. v. Brandenburger (kons.) wird trotzdem die Novelle in dritter Lesung an bloß angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Eisenbahnangeleihegesetzes, durch das zur Erweiterung, Vervollständigung und besseren Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes, sowie zur Beteiligung des Staates an Kleinbahnen 541 Millionen Mark angefordert werden.

Die Budget-Kommission hat an dem Entwurf nichts geändert.

Präsident Graf Schwerin macht darauf aufmerksam, daß die Vorlage nicht berücksichtigende Bahnwünsche erst bei der dritten Lesung vorgebracht werden sollen.

Der Gesetzesentwurf wird nach längerer Debatte unverändert in zweiter Lesung angenommen.

Nach Erledigung einer großen Anzahl Petitionen, die Eisenbahnbau betreffend, wurde noch in die dritte Lesung des Eisenbahnangeleihegesetzes eingetreten.

In vorgerückter Stunde wurde die Beratung abgebrochen und auf Dienstag 10 Uhr vertagt.

Schluß 1/2 Uhr.

## Neueste Nachrichten.

### Die Stutarikrise.

London, 29. April. Die gestern stattgefundene Vorkonferenz dauerte mit einer kurzen Unterbrechung bis sieben Uhr abends. Von sämtlichen Vorkonferenzen, die an der Konferenz teilnahmen, wurde einstimmig das Vorgehen des Stutarik-Verteidigers Essab Pascha als eine ernste Komplikation bezeichnet. Oesterreich-Ungarn ließ durch seinen Vorkonferenzen erklären, daß es Gewaltmittel gegen Montenegro gern bereit sein würde, verlangte aber andererseits von den übrigen Großmächten ein energischeres Handeln. Rußland beschloß, erste Schritte zu tun, falls Oesterreich-Ungarn allein gegen Montenegro vorgehen sollte. Die Konferenz wurde schließlich auf nächsten Donnerstag vertagt.

### Rußland im abgekarteten Spiel.

Wien, 29. April. Von maßgebender albanischer Seite wird erklärt, daß es nunmehr ganz klar zutage trete, daß der Handreich Essab Pascha sich unter russischer Mitwirkung abspaliert hat, ebenso wie es heute schon darüber keinen Zweifel mehr gäbe, daß bei der Uebergabe Jannas russische Einheiten im Werke seien. Rußland, das amüßlich ein korrektes Verhalten zur Schau trägt und in aller Form erklärt, daß Sturtak an Albanien fallen müsse, hat insgeheim die ganze Intrigue mit anzetteln helfen und den Unfrieden und die jetzigen Komplikationen mit schaffen geholfen, durch die es nur hoffen kann, die österreichisch-ungarische Monarchie vor eine feststehende Tatsache zu stellen, die nur durch einen Krieg aus der Welt geschafft werden kann. Montenegro und Serbien haben sich natürlich gern und mit großer Freude dieser russischen Intrigue angeschlossen, weil für diese beiden Staaten durch die Zusage, das Gebiet bis zum Drin abzurufen, und zwar an Montenegro, nunmehr die Aussicht auf San Giovanni di Medua und den von ihnen geforderten Adriahafen eröffnet wurde.

### Zum Kriege bereit.

Rom, 29. April. In den diplomatischen Kreisen Roms beurteilt man die Lage als sehr ernst. Man hält es für sehr wahrscheinlich, daß die Vorkonferenz in London nunmehr die drei am ehesten hierbei in Frage kommenden Mächte, Oesterreich-Ungarn, Italien und England mit der Durchführung einer energischen Aktion betrauen wird. Man spricht auch in Rom davon, daß es bald notwendig sein wird, mindestens eine Truppenmacht von 100.000 Mann zu landen. Da es nun nicht möglich ist, eine so große Truppenmacht unter der Beteiligung aller europäischen Großmächte in so kurzer Zeit zusammenzubringen, so will man die Aufgabe Oesterreich-Ungarns und Italiens überlassen, die England vorläufig nur mit einigen kleineren Detachements unterstützen sollte. Die Montenegriner bestreiten Sturtak in höchster Eile, um hier gegen einen eventuellen Angriff gerüstet zu sein. Die Kroaten haben in Montenegro 52 Kanonen zurückgelassen. Die Haltung Rußlands wird mit großer Besorgnis beobachtet.

### Die Dynamitpatrone als Kinderstreich.

Grenoble, 29. April. Gestern Nachmittag fanden eine Anzahl spielender Kinder in dem nahe gelegenen Dorfe Pamiers eine Patrone und beschloßen, diese sofort zur Explosion zu bringen. Ein Junge warf einen schweren Stein auf die Patrone und unmittelbar darauf explodierte dieselbe unter furchtbarem Detonation. Die erschreckten Einwohner des Dorfes stürzten sofort an die Unglücksstelle und fanden sämtliche Kinder in ihrem Blut liegen am Boden auf. Die Verletzungen bei allen Kindern sind sehr schwer, bei diesen von den Verletzten so schwer, daß bei ihnen die Lebensgefahr besteht.

## Russisches aus einem amerikanischen Gefängnisse.

New York, 29. April. Eine offizielle Untersuchung des Gefängnisses von Auburn hat große Unterzählungen festgestellt und Versehen in der Anlage festgestellt. Fast sämtliche Beamte des Gefängnisses, bis hinunter zum Direktor des selben, haben sich, wie schon die erste oberflächliche Untersuchung ergab, schwere Unterzählungen und Verletzungen ihrer Pflichten vorzureden. Nicht weniger als 28 der Inhaftierten des Gefängnisses sind während des letzten Jahres durch vorzeitige Wiedereinweisung und geradezu schreckliche Behandlung zum Wahnsinn oder in den Tod getrieben worden. Als ein typisches Beispiel ist der Fall einer jungen und schönen Frau zu nennen, welche als grausame und tierische Wirtin zum Tode verurteilt worden war und trotzdem als Krankenwärterin in der Entbindungsklinik des Gefängnisses aufgestellt gefunden hatte.

### Ordnung der Wirtin.

Leitmeritz in Böhmen, 29. April. In dem Dorfe Puchlitz wurde gestern der Doktor Franz Voebel, dessen Ehefrau und die acht Jahre alte Tochter des Ehepaars auf grauliche Weise hingerichtet. Als man sie auffand, waren sämtliche bereits tot. Sie hatten in der Brust, im Kopfe und im Oberkörper zahlreiche Schußwunden und Stücke von scharfen Dolchen beigebracht. Alle Bewohner des Hauses und namentlich der Wohnung des Ehepaars waren durchwühlt und untersucht. Es liegt unaufgeklärt ein Mord vor. Von den Eltern hat man bisher auch noch nicht die geringste Spur. Man vermutet jedoch, daß Jäger die entsetzliche Mordtat begangen haben und schändet auf einem Garten flüchtender Jäger, die vor einen und zwei Tagen sich in der Gegend des Ortes aufgehalten haben.

### Das vierte Opfer.

Hamburg, 29. April. Das Explosionsunglück auf dem Riesendampfer „Imperator“ hat gestern nun noch ein weiteres Opfer gefordert. Es ist dies ein Oberstleutnant, nämlich der Schlosser Truch aus Rattow. Wie es heißt, sollen heute die vier Opfer der bedauerlichen Katastrophe in Aurhagen beerdigt werden, und zwar gemeinsam unter großen Ehren.

**Breslauer Schlachtwirtschaft.** Amtlicher Bericht über den Kleinviehmarkt am 28. April 1913. Der Auftrieb betrug: 15 Rinder, 1299 Schafe, 236 Schweine, 246 Gänse. Ueberhand vom vorigen Markte waren: 1 Rind, 26 Schweine, 24 Gänse.

Es wurden gekauft für 50 Markogramm:

	Verhandelt:	Schlachtgewicht:
I. Rinder, A. Ochsen:		
Vollschläge, ausgewachsene Ochsen höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungetrieben)	45-47	79-82
Vollschläge, ausgewachsene, im Alter von 4 bis 7 Jahren	40-43	74-80
Junge, fleischige, nicht ausgewachsene u. ältere ausgewachsene	30-36	60-72
Wählig gewählte Junge, gut gewählte Ältere	16-22	30-31
B. Kühe:		
Vollschläge, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	45-47	78-80
Vollschläge, ausgewachsene, im Alter von 4 bis 7 Jahren	40-43	73-77
Wählig gewählte Junge, gut gewählte Ältere	36-39	72-78
C. Kalben und Stiere:		
Vollschläge, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	44-46	77-81
Vollschläge, ausgewachsene, im Alter von 4 bis 7 Jahren	39-41	72-76
Kalber ausgewachsene Höhe und wenig gut entwickelte (Kühe Höhe und Kalben)	31-37	62-74
Wählig gewählte Höhe und Kalben	27-29	58-62
Gerings gewählte Höhe und Kalben	18-22	35-55
D. Ziegen höchsten Schlachtwerts (Ziegen):		
II. Schafe:		
Doppeltender feinerer Woll	63-65	96-100
Feinere Wollschaf (aus Norddeutschland)	57-59	92-102
Wähligere Woll und beste Sauglähre	51-54	91-95
Geringsere Woll und gute Sauglähre	42-48	84-95
III. Gänse, A. Schlachtwirtschaft:		
Wahlmutter und jüngere Wahlmutter	42-50	66-106
Ältere Wahlmutter, geringere Wahlmutter und gut gewählte Junge Gänse	38-42	83-91
Wählig gewählte Gänse und Gänse (Wahlmutter)	27-31	64-74
B. Weidenwirtschaft:		
Wahlmutter	—	—
Geringsere Mutter und Gänse	—	—
IV. Schweine:		
Vollschläge Schweine über 120 bis 150 Kilogr. (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	54-56	68-70
Vollschläge Schweine über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	53-54	68-69
Vollschläge Schweine über 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	52-53	67-69
Vollschläge Schweine bis 80 Kilogr. (160 Pfund) Lebendgewicht	50-51	67-68
Gauen und geschlachte Eber	48-51	62-65
Feinere Schweine über 150 Kilogr. (300 Pfund) Lebendgewicht	—	—

Geschäftsjahr war mittelmäßig. Ueberhand verbleiben: 3 Rinder, 3 Schweine, 63 Gänse. Von dem Schweine wurden verkauft: 3 Stück zu 61, 3 zu 60, 10 zu 61, 30 zu 58, 43 zu 67, 109 zu 69, 306 zu 65, 303 zu 54, 361 zu 57, 152 zu 61, 23 zu 61, 24 zu 60, 40 zu 49, 3 zu 48, 3 zu 44 etc.

## Wetternachrichten der Universitäts-Wetterwarte.

Nach Bresl. Ortsgelt.	27. April	28. April	29. April
Baromet. (0)	+24,9	+17,9	+15,9
Baromet. (1000 m) über d. Meer	744,6	745,0	749,1
Baromet. (1000 m) über d. Meer	8,8	9,4	9,9
Baromet. (1000 m) über d. Meer	57	61	73
Wind (0-12)	ED 3	D 3	ED 3
Wetter	gl. heiter	gl. heiter	heiter

Gestern abend Wetterleuchten, nachts Gewitter, heute früh Dunst. Zur Reduktion auf Meeressniveau sind 13,1 mm hinzuzufügen.

## Wetternachrichten der städtischen Wasser- und Abwasser-Verwaltung.

Wetter, wether	19. 80	18. 80	17. 80	16. 80	15. 80	14. 80	13. 80
Wetter, wether	19. 80	18. 80	17. 80	16. 80	15. 80	14. 80	13. 80
Wetter, wether	19. 80	18. 80	17. 80	16. 80	15. 80	14. 80	13. 80
Wetter, wether	19. 80	18. 80	17. 80	16. 80	15. 80	14. 80	13. 80
Wetter, wether	19. 80	18. 80	17. 80	16. 80	15. 80	14. 80	13. 80
Wetter, wether	19. 80	18. 80	17. 80	16. 80	15. 80	14. 80	13. 80
Wetter, wether	19. 80	18. 80	17. 80	16. 80	15. 80	14. 80	13. 80
Wetter, wether	19. 80	18. 80	17. 80	16. 80	15. 80	14. 80	13. 80
Wetter, wether	19. 80	18. 80	17. 80	16. 80	15. 80	14. 80	13. 80
Wetter, wether	19. 80	18. 80	17. 80	16. 80	15. 80	14. 80	13. 80

## Berichtungen und Vereine.

Dienstag, den 29. April:  
**Lehrer-Verband.** Abends 7 1/2 Uhr: im Gewerkschaftshaus.  
**Schüler-Verband.** Abends 8 Uhr: im Gewerkschaftshaus.  
Mittwoch, den 30. April:  
**Metallarbeiter.** Wissenschaftlicher Vortrag abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.  
**Weg. Wahlverein.** Dienstag abends 8 Uhr in der „Garnison“.  
**Gartenbauverein.** Dienstag abends 8 Uhr im bekannten Lokal.  
**Weg. Wahlverein.** Mittwoch abends 8 Uhr.

**Refer!** Besorgt bei Herrn Göttsche unsere In- und Auslandskorrespondenz und die Abrechnung des Rechnungswesens.



### Stadt-Theater

Gespielt des Kammerängers  
**Leo Slezak**

Montag, den 5. Mai 1913  
Anfang 7 Uhr  
„Die Meistersinger von Nürnberg“  
Haller von Stolzing . . . Leo Slezak

Mittwoch, den 7. Mai 1913  
Anfang 7 1/2 Uhr  
„Tina“  
Haller von Stolzing . . . Leo Slezak

Freitag, den 10. Mai 1913  
Anfang 7 1/2 Uhr  
„Die Meistersinger von Nürnberg“  
Haller von Stolzing . . . Leo Slezak

Preis der Plätze einschließlich der Kartensteuer und Vorbestellgebühr.

Freibühnen, I. Rang, Profenium Nr. 20.  
Kong-Boje, Galien, Orchesterloge . . . 15.  
Parterre, Parterre . . . 10.  
II. Rang . . . 8.  
III. Rang . . . 6.  
IV. Rang . . . 4.  
V. Rang . . . 2.  
VI. Rang . . . 2.  
VII. Rang . . . 2.  
VIII. Rang . . . 1.  
Vorverkauf im Kassastube des Stadttheaters.

### Stadt-Theater

Dienstag 7 1/2 Uhr: 1913  
„Die lebende Leinwand“  
„Fatinha“  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
„Die lebende Leinwand“  
Donnerstag, nachmittags 8 1/2 Uhr:  
„Carpaccio“  
Abends 7 1/2 Uhr:  
„Cannhäuser“

**Liebig's Etablissement.**  
Dienstag, 28. und Mittwoch, 30. April: Wegen Vorbereitungen für die Henry-Bender'sche Revue geschlossen! 1913

Donnerstag, 1. Mai, Premieren-Vorverk. für sämtl. Plätze von 9-2 u. 4-6 a. d. Tagoskassa.

### Viktoria-Theater.

Belvedere-Ensemble, Dresden  
**Rin in's Vergnügen!**  
Anfang 8 Uhr. Vond gültig! [1925

### Lobe-Theater

Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Der lebende Leinwand“  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
„Das Haus am Meer“  
Donnerstag, nachmittags 8 1/2 Uhr:  
„Alt-Heidelberg“  
Abends 7 1/2 Uhr:  
„Der lebende Leinwand“

### Zeltgarten.

**Entscheidungs-Kämpfe**  
12 Ringerinnen und das glänzende Spezialitäten-Programm.  
Anfang 8 Uhr.  
Bonswochentags gültig.

1913  
**Tunnel Doppel-Freikonzert**

### Thalia-Theater

Dienstag, Gruppe J, 2. Vorstellung:  
„Jugend“  
Donnerstag 7 1/2 Uhr: 1912  
„Johannisfeuer“  
Billetverkauf Dienstag und Mittwoch von 10-2 Uhr im Stadt- und Thalia-Theater.

### Schauspielhaus

Dienstag 7 1/2 Uhr:  
„Die Fidin“  
Mittwoch 8 Uhr:  
„Der liebe Augustin“  
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
„Alt-Wien“  
Abends 8 Uhr:  
„Dohrt taugt Walzer“

**Bettfedern und fertige Betten.**  
Roell  
Müller  
1184/11

Spezialgeschäft für Bettfedern, Bettlaken, Bettdecken, Bettwäsche, sowie das grosse **Novitäten-Programm.**  
Zum Schluss:  
Das grosse Marine-Schauspiel  
„U 20“ 1916  
in 5 glänzenden Bildern.

### Circus Busch

Heute Dienstag, den 29. April, abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Gala-Vorstellung.**  
Das sensationellste was bisher geboten.

**Max und Moritz**  
Die berühmten Menschenaffen aus Carl Hagenbeck's Tierpark

**Max und Moritz**  
als Kunstreiter. — Rollschuhläufer. — Boxkämpfer. — Violin-Virtuosen. — Max als Kapellmeister. — Moritz als Ballett-Tänzerin.

ferner: Fräulein Martha Mohrke, Schulführerin auf „Goldbrä“, sowie das grosse **Novitäten-Programm.**  
Zum Schluss:  
Das grosse Marine-Schauspiel  
„U 20“ 1916  
in 5 glänzenden Bildern.

### Gedleg. Möbel

**Brautpaare**  
Kompl. Erlone Einrichtung 200 Mk.  
Kompl. Nussb.-Einrichtung 800 Mk.

**Ständiges Lager** von zirka 70 Einrichtungen  
Katalog und Verpackung gratis.  
Liefere franko Hauptbahnhof.

**Teilzahlung gestattet.**  
Besichtigung erwünscht.

**Gelegenheitskäufe**  
in gut erhaltenen und wenig gebrauchten Möbeln  
Sohra 19 Mk. Plüschsofa 30 Mk.  
Bettstelle, Matratze, Kissen 19 Mk

**Max Giesel,**  
Grosses Möbellager,  
Breslau, Bräderstr. 5,  
8 Minuten vom Hauptbahnhof.

### Königsgrund

Lohestr. Nr. 45/47.  
Mittwoch: Grosses Kränzchen  
Anfang 7 Uhr. Um 11 Uhr Blumen-Poloniaise.  
Donnerstag Nimmelfahrt: Gr. Familien-Kränzchen.  
1864 Tanzschleifen

### Zigarren

an Wrie und Händler [11876  
zu Fabrik-Preisen  
**Paul Schmidt, Brunnenstr. 8.**

### Zigarren

an Wrie und Händler [11876  
zu Fabrik-Preisen  
**Paul Schmidt, Brunnenstr. 8.**

### Zigarren

an Wrie und Händler [11876  
zu Fabrik-Preisen  
**Paul Schmidt, Brunnenstr. 8.**

### Anzüge

neueste, modernste Stoffe [12  
3,75, 12, 18, 19, 22, 24 Mk.  
n. Mass, eleg. Verarbeitung, gutsit.  
17, 21, 23, 25, 28, 30 und 36 Mk.  
**Herrenkleidertab. M. Juliusberger**  
Albrechtstr. 41, II. Etag. (Kein Laden).

### Der Anarchist

Novellen von Gottschalk  
20 Pfg., früher 1 Mk.  
Zu beziehen durch die Expedition  
und die Koloraturen.

## Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Ersteinst dreimal wöchentlich. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

### Oberschlesischer Industrie-Bezirk.

**Beuthen O.-S.**  
Alkoholfreie Getränke, Bierverlag.  
„König“, „König“, „König“

**Monopol-Pils,**  
Brauerei.

**Kattowitz.**  
Bierbrauerei und Verleger.  
„König“, „König“, „König“

### Dtsch.-Lissa-Stabelwitz

Bäckereien.  
Brot, Kuchen, Gebäck

**Klose, Friedr.**  
Fleischer und Wurstfabrik.

**Wohl, Eugen,**  
Fleischer und Wurstfabrik.

### Jauer

Arbeitergard., Schuhw. u. Möbellag.  
Kaufhaus, Schuhw., Möbellag.

**Rochmann, S.**  
Schuhwarenhaus.

### Ohlau

Bier-Bräuerei, Bier-Verleger.  
Bürgerlich. Brauhaus, Ohlau.

**Kreusel, Karl, Ring**  
Fleischer und Wurstfabrik.

### Putz-, Weiss- und Wollwaren

Kaufhaus Edel, Emma, Damen-Konfekt.  
Schwarzen und Schuhmacher.  
Schiff, Adolf, Große Reparaturwerkstatt

**Sobottwitz-Friedewalde**  
Restaurateur.  
Für neuen Welt, (Jahres-Tab.)  
Schiff, Adolf, Sobottwitz

### Schwoitsch

Kolonial- und Gemischtwaren.  
Schwarz, Adolf.

**Stoberau**  
Fleischer und Wurstfabrik.  
Schiff, Adolf, Stoberau

### Königshütte O.-S.

Kaufhaus, Schuhw., Möbellag.

**Bach, Arth.**  
Fleischer und Wurstfabrik.

### Glogau

Herren- und Knaben-Garderobe.  
Schuhwaren, Kinderwagen, Spielwaren.

**Gorkau**  
Brauerei.

### Gutsdorf

Bäckereien.  
Kolonialwaren und Zigarren.

**Hundsfield**  
Herren- und Knaben-Garderobe.

### Gr.-Moosbern-Schmiedefeld

Bäckerei und Konditorei.  
Fleischer und Wurstfabrik.

**Kl.-Mochbern-Maria-Höfchen**  
Restaurateur.

### Oltaschin

Fleischer und Wurstfabrik.  
Kolonial- und Gemischtwaren.

**Opperau**  
Bäckerei.

### Gr.-Tschansch

Restaurateur.  
Jeden Sonntag  
Café.

**Kl.-Tschansch**  
Fleischer und Wurstfabrik.

### Zabrze-Zabrze

Fleischer und Wurstfabrik.

**Brieg**  
Alkoholfreie Getränke.

### Bunzlau

Bierbrauerei, Bier-Verleger.  
Fleischer und Wurstfabrik.

**Carlowitz**  
Fleischer und Wurstfabrik.

### Hundsfeld

Herren- und Knaben-Garderobe.  
Schuhwaren, Kinderwagen, Spielwaren.

**Hesmarkt**  
Brauerei.

### Opperau

Bäckerei.  
Kolonial- und Gemischtwaren.

**Peisterwitz**  
Bäckerei.

### Opperau

Bäckerei.  
Kolonial- und Gemischtwaren.

**Peisterwitz**  
Bäckerei.

### Trebnitz

Bierbrauerei.  
Fleischer und Wurstfabrik.

**Wolschowitz**  
Fleischer und Wurstfabrik.

### Brieg

Alkoholfreie Getränke.  
Brauerei.

### Carlowitz

Fleischer und Wurstfabrik.

**Cosel**  
Brauerei.

### Hundsfeld

Herren- und Knaben-Garderobe.  
Schuhwaren, Kinderwagen, Spielwaren.

**Hesmarkt**  
Brauerei.

### Opperau

Bäckerei.  
Kolonial- und Gemischtwaren.

**Peisterwitz**  
Bäckerei.

### Opperau

Bäckerei.  
Kolonial- und Gemischtwaren.

**Peisterwitz**  
Bäckerei.

### Trebnitz

Bierbrauerei.  
Fleischer und Wurstfabrik.

**Wolschowitz**  
Fleischer und Wurstfabrik.



Deutscher Reichstag.

151. Sitzung. Montag, den 28. April, nachmittags 3 Uhr.

Von Bundesratsmitglied Dr. Delbrück, v. Geeringen, v. Tripitz, Kühn, Solff, Dr. Liszkow.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Graf Westarp (konf.): Der Abg. Keil hat in der Sonnabend-Sitzung von einem Kalenderunternehmen gesprochen, das mit einem durch unfaulere Mittel erstlichene n Prozent von 25 Prozent arbeitet. Er hat die dahinter stehende Gesellschaft eine Gesellschaft mit beschränkter Moral genannt. Er kann nur auf ein Schreiben Bezug genommen haben, in dem eine Druckereifirma aufgefordert worden sein soll, den Preis eines Volkskalenders fälschlich um 25 Prozent zu erhöhen. Er hat auf eine Gesellschaft hingewiesen, der neben anderen Mitgliedern außerhalb des Hauses auch Herr Erzberger und ich angehören. Ein Schreiben der genannten Art ist von unserer Gesellschaft weder ausgegangen, noch veranlaßt worden. Die Pressepolitik kann sich nur auf eine andere Gesellschaft bezogen haben, mit der die unsrige wegen Uebertragung des Kalenders verhandelt hat. (Hört, hört!) Wir selbst könnten daher nur als Geschädigte in Frage kommen. Jede mittelbare oder unmittelbare Beteiligung an dem Unternehmen ist für uns sühnungsge- mäß ausgeschlossen.

Die Genehmigung zur Fortsetzung einer erhobenen Privatklage des Abg. Vogtherr (Soz.) gegen Professor Guhr in Charlottenburg wird verweigert.

Die Fortsetzung der Staatsberatung mit der namentlichen Abstimmung über die Ostmarkenzulage beim Militäratari, die Abzordneien Schutz (Soz.), Graf Westarp (konf.), Wassermann (natl.), Müller-Meiningen (Sp.) wiederherzustellen beantragen.

Die Ostmarkenzulage wird mit 179 (des Zentrums und der Sozialdemokraten) gegen 110 Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen, abgelehnt.

Der Militäratari und der Etat des Reichsmilitärgerichts wird darauf definitiv erledigt.

Beim Marineetat wird ein Antrag Wassermann (natl.) auf Wiederherstellung einer in der zweiten Lesung gestrichenen Beamtengehaltsposition im Sammelprogramm mit 150 gegen 112 Stimmen abgelehnt.

Abg. Albrecht (Soz.): In der zweiten Lesung rügte ich, daß bei der Herstellung der Garderobe auf den Verkleidungs- ämtern nur 200 männliche und 1500 weibliche Arbeitskräfte be- schäftigt seien. Der Herr Vizeadmiral Kapelle bestreitet dies und behauptet, es seien 600 männliche Arbeiter beschäftigt. Ich muß meine Behauptung aber aufrecht erhalten; ich habe lediglich von demjenigen Teil der Verkleidungsämter gesprochen, in dem die Kleider hergestellt werden. Ich weiß sehr wohl, wenn man die Schu macher und sonstige Dekorationsgewerbetreibende hinzu- rechnet, daß da noch einige Hundert hinzukommen.

Dann habe ich noch folgende Frage an den Staatssekretär zu richten. Der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, der 150 000 Mitglieder hat, besitzt eine eigene Fahrrad- fabrik, um seinen Mitgliedern billige und gute Fahrräder zu liefern, das Fahrradhaus „Frisch auf“. Dieses wird von Fabrikanten und Händlern stark bekämpft, man versucht, der Fabrik die Rohmaterialien absperrig zu machen. Der Verein „Kleiner Fahrradhändler“ verdrängt nun im „Deutschen Auto- mobil- und Fahrradhändler“ eine Bekanntmachung, in der er mittelst, daß ihm auf eine Eingabe an die Truppenteile in Kiel geantwortet worden ist, daß sämtlichen Beamten, Offizieren und Mannschaften verboten ist, das Fahrradhaus „Frisch auf“ zu be- treten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Militäratari ist schon er- ledigt, so daß ich den Kriegsminister hierüber nicht mehr be- fragen kann; ich frage aber den Staatssekretär des Marineamts, ob dieses Verbot auch bei den Marinegruppen erlassen ist. Wir protestieren dagegen, daß die Armeeverwaltung sich dazu her- gibt, in solche privaten Dinge eingzugreifen. (Beifall b. d. Soz.)

Vizeadmiral Kapelle: Ich beziehe mich auf meine Aus- führungen in der zweiten Lesung; die Zahlen des Abg. Albrecht erfassen nur einen Teil der Arbeiter.

Abg. Albrecht (Soz.): Ich muß meine Zahlen in Bezug auf den ersten Punkt vollständig aufrecht erhalten. Ich verlange auch gänzlich, daß Frauen überhaupt nicht beschäftigt werden; sie sollen nur nicht solche Arbeit machen, die sonst von Männern hergestellt wird. Mit solcher Arbeit soll man nicht aus bloßen Sparmaßregeln Frauen beschäftigen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Marineetat wird hierauf bewilligt. Es folgt der

Etat des Reichsjustizamtes.

Abg. Dr. Lenz (Soz.): In der zweiten Lesung küßte der Reichsanwalt sich verpflichtet, eine Rede seines kaiserlichen Herrn zu verteidigen, und glaubte unter anderem folgendes hinzu- setzen zu müssen: „Müssen wir uns nicht tagtäglich in der sozialdemo- kratischen Presse Beschönigungen des christlichen Glaubens gefallen lassen. Ich habe keine Notizen hier, könnte sie Ihnen aber zu- dukunden geben. Ich habe vor kurzer Zeit, ich glaube in der „Leipziger Volkszeitung“, einen Artikel gesehen, in dem Ein- richtungen des christlichen Glaubens in einer Weise dargestellt worden sind, daß ich mich an den Staatssekretär des Reichsjusti- zamts mit der Bitte gewandt habe, zu untersuchen, ob da nicht auf strafrechtlichem Wege einschreiten sei.“ Was dort über die sozialdemokratische Presse behauptet worden ist, ist ob- jektiv unwahr. Wenn es der Fall wäre, daß in der sozialdemokratischen Presse Einrichtungen des christlichen Glaubens verhöhnt oder herabgesetzt würden, so würde diese Presse un- unterbrochen Gegenstand der Verfolgung wegen Gotteslästerung sein. Das ist aber so gut wie nie der Fall, weil eben solche

Verhöhnungen des christlichen Glaubens in der sozialdemokratischen Presse nie vorkommen. (Ge- lächter rechts, Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Sie lachen, lachen Sie damit nur die deutsche Justiz aus (Sehr gut! bei den Soz.), weil Sie ihr dadurch den Vorwurf der Pflicht- vergessenheit machen. Ich frage nun den Herrn Staatssekretär des Reichsjustizamtes, um welchen Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ — von der ich bestreite, daß ein solcher Artikel in ihr enthalten war — oder in welchem anderen sozialdemo- kratischen Blatt in der Erklärung des Reichsanwalters es sich ge- handelt hat und welche Antwort er auf diese merkwürdige Zu- mutung des Reichsanwalters gegeben hat. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Abg. v. Trampczynski (Pol): Einer materiellen Erörterung über die Verfassungsmäßigkeit des preussischen Enteignungs- gesetzes ist der Staatssekretär des Reichsjustizamtes bisher immer ausgewichen. Doch offenbar nur deshalb, weil seine Gründe die öffentliche Kritik nicht vertragen. (Sehr wahr! b. d. Polen.)

Staatssekretär Dr. Liszkow: Auf diese Frage kann ich heute nicht eingehend antworten, da ich nicht vorbereitet bin, bin aber gern bereit, im nächsten Jahre ausführlich darauf zu antworten. Was die Anfrage des Abg. Lenz betrifft, so ist mir bekannt ge- worden, daß der Herr Reichsanwalt durch seinen Vertreter den Herrn Abg. Lenz hat wissen lassen, daß der Artikel, von dem er gesprochen, in der „Leipziger Volkszeitung“ nicht enthalten hat. (Hört, hört! rechts.) Ich bin mit dieser Angelegenheit nicht befaßt worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Herr Reichsanwalt hat deshalb auch von mir in dieser Beziehung keine Antwort bekommen können. Das ist das einzige, was ich von dieser Sache weiß. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Lenz: Der Herr Reichsanwalt hat damals aus- drücklich erklärt, er habe den Staatssekretär des Reichsjusti- zamtes gebeten zu prüfen, ob gegen einen Artikel der „L. V.“ strafrechtlich einschreiten sei. Wichtig ist, daß der Unterstaats- sekretär Wahnschaffe mir nachher mitgeteilt habe, es handele sich nicht um einen Artikel der „L. V.“. Aber ich habe den Herrn Staatssekretär dann allgemein gefragt, welche Antwort er auf die An- frage des Reichsanwalters gegeben hat. Darauf sagt Exzellenz Liszkow, er weiß von der ganzen Sache überhaupt nichts.

Das ist nun allerdings eine sehr erstaunliche Auskunft. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Reichsanwalt behauptet hier in öffent- licher Sitzung, daß er mit dem Staatssekretär des Reichsjusti- zamtes eine Unterredung gehabt habe wegen eines Artikels — nur den Namen des Blattes habe er in Zweifel gelassen — und hier muß nun der Staatssekretär Liszkow erklären, er könne sich überhaupt auf gar nichts bestimmen. Er sah doch da- neben, als er gewissermaßen bei diesem Vorgang zum Zeugen gerufen wurde, hat aber durch seine Miene oder Handlung gezeigt, daß er von der ganzen Sache nichts wisse. Im übrigen habe ich schon Herrn Unterstaatssekretär Wahnschaffe erklärt, ich hielte es für eine Unst and s p l i c h t, daß der Reichsanwalt diesen Vorwurf, den er in öffentlicher Sitzung gegen die sozial- demokratische Presse erhoben hat, auch in öffentlicher Sitzung zurüknimmt. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Ich behaupte außer- ordentlich, daß der Reichsanwalt dieser selbstverständlichen An- standspflicht nicht entsprochen hat. (Erm. lebh. Zust. b. d. Soz.) Das Urteil über diese Handlungsmethode überlasse ich dem Hause und der Öffentlichkeit. (Bravo! b. d. Soz.)

Unterstaatssekretär Wahnschaffe: Ich kann bestätigen, daß ich am Tage nach der Rede des Herrn Reichsanwalters dem Herrn Abgeordneten Lenz mitgeteilt habe, daß die Bemerkung des Herrn Reichsanwalters auf einer Verwech- lung beruhe. Der Herr Reichsanwalt hat also in lokaler Weise dem Herrn Abg. Lenz gegenüber gehandelt. (Rufe b. d. Soz.: Er hat die Behauptung öffentlich aufgestellt!) Als mir der Abg. Lenz dann nahelegte, ob nicht der Reichsanwalt das hier auch im Plenum erklären würde, habe ich geantwortet: Wenn der Reichsanwalt das tun würde, so würde er doch den Vorwurf gegen die sozialdemokratische Presse im allgemeinen nicht zurücknehmen können. (Große Unruhe bei den Soz., Rufe: Beweise!) Ich könnte Ihnen eine ganze Menge Material darüber vorlegen (Rufe bei den Soz.: Heraus damit!), das Material ist da, ich kann es in 10 Minuten bringen. (Rufe bei den Soz.: Bitte, tun Sie es nur!) Daß der Staatssekretär Liszkow von der Sache nichts weiß, ist ja erklärlich. Es kommt häufig vor, daß die oberste Justizbehörde in die Lage verkehrt wird, zu prüfen, ob irgend ein Artikel der sozialdemokratischen Presse mit dem Strafgesetzbuch kollidiert, es wird dann eben der preussische Justiz- minister gewiesen sein.

Wenn der Reichsanwalt zwei juristische Instanzen einmal ver- wechselt, ist das doch weiter nicht wunderbar. (Sehr richtig und Bitterkeit b. d. Soz. Zuruf: Ist denn der Justizminister gefragt worden?)

Präsident Kämpf: Es ist parlamentarisch nicht zulässig, wenn der Abg. Lenz dem Reichsanwalt Verleugung einer Un- standspflicht vorgeworfen hat. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Lenz: Ich kam im Großen und Ganzen die Dar- stellung des Unterstaatssekretär Wahnschaffe bestätigen. (Rufe rechts: Na also.) Dann sind Sie sehr bescheiden. (Rufe rechts: Das sind Sie nicht!) Nein, Sie wissen, nur die Lumpen sind bescheiden.

Präsident Kämpf: Diese Bemerkung, Mitgliedern des Hauses gegenüber ist nicht parlamentarisch.)

Abg. Lenz (fort): Als Herr Wahnschaffe mir sagte, es werde sich viel Material gegen die sozialdemokratische Presse im Allgemeinen herbeischaffen lassen, habe ich ihm geantwortet: Wenn der Reichsanwalt mit allgemeinen Redensarten kommt, kann würde er die Antwort in öffentlicher Sitzung bekommen, die ihm gebührt. (Bravo! b. d. Soz.) Den großen Zitatensack kennen wir ja sehr gut; wenn man ihn umfüllt, fällt nichts heraus. Wenn man dieser Sache näher gehen würde, würde es dem Unter- staatssekretär genau so gehen wie dem Reichsanwalt: Aus seinen Dukunden von Zitaten würde nur eine erweislich unrichtige Be- hauptung übrig bleiben. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Abg. Heine: Wenn einer Bescheid weiß darüber, ob in der sozialdemokratischen Presse strafbare Beschimpfungen der christ- lichen Religion vorkommen oder nicht, so bin ich das. Wenn solche einigermassen häufig vorkämen, würde ich es aus meiner Praxis wissen. Ich kann aber erklären, daß ich in dem ja fast einem Vierteljahrhundert, wo ich Verteidiger sozialdemokratischer Zeitungen bin, ich glaube im Ganzen ein oder zwei Fälle Anklagen wegen Religions- beschimpfung erlebt habe. (Hört, hört! b. d. Soz.) trotzdem doch die Zahl der Leser der sozialdemokratischen Presse in dieser Zeit von etwa 100 000 bis auf viele Millionen gestiegen ist. Wenn das wahr wäre was der Unterstaatssekretär behauptet hat, müßte sich das in den Ziffern der Kriminalstatistik ausdrücken. Und dann würden sich die Gegner der Sozialdemokratie nicht mit so vagen allgemeinen Redensarten begnügen, wie wir sie vom Reichs- anwalt gehört haben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Weil Sie eben gar nichts zu sagen wissen, hält sich der Reichsanwalt nicht für zu gering in einem Moment der Verlegenheit

den Reichsverbands-Schimmel zu reiten, aber er verliert dabei Raum und Fügel. (Sehr gut! u. sehr gut! b. d. Soz.) Die vielen Worte des Herrn Unterstaatssekretärs helfen darüber nicht hinweg, daß die Angabe des Reichsanwalters, er habe dem Staatssekretär Liszkow einen Fall zur Begutachtung unterbreitet, eine positiv unrichtige war. (Sehr richtig! b. d. Soz.) All die Behauptungen der Reichsverbandspresse und -Redner über angebliche Verbrechen der Sozialdemokratie sind ja in 999 von 1000 Fällen nicht um einen Funken wahrer als diese Behauptungen des Reichsanwalters. (Sehr gut! b. d. Soz.) Der ganze Vorgang spricht in keiner Weise gegen das Reichsjustizamt, sondern beweist nur, wie die Reichsregierung immer das Reichs- justizamt als bequemeres Mittel benutzt, um unangenehme Dinge dorthin abzuschleiben. Selbst wenn es garnicht einmal wahr ist, wird der Anschein erweckt, als ob das Reichsjustizamt den Reichs- anwalt unterstütze. Also man zeige uns in Artikel. Der Unter- staatssekretär hat ja Zeit, er möge bis zum nächsten Jahre Material sammeln. Wenn er es uns dann vorher mitteilt, werden wir ihm die Antwort auch nicht schuldig bleiben. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Wahnschaffe: Mir ist eben eingefallen, worum es sich handelte. Der preussische Justizminister wurde über die Strafbarkeit einer Zeitungsnachricht befragt, worin mit- teilt wurde, daß im Rheinland bei einem sozialdemokratischen Maskenfest eine Frauensperson als Christus verkleidet erschienen sei (Hört, hört rechts, Gelächter b. d. Soz.) Daß keine Ver- höhnung des Gottesglaubens ist und ob es dabei die geringste Rolle spielt, ob die Frage an den preussischen Justizminister oder an den Staatssekretär des Reichsjustizamtes gerichtet ist, überlasse ich dem Urteil des Hauses. (Bravo! rechts.)

Abg. Mamm (Wittich, Vg.): Der Fall ist allerdings über- aus trüb. Man hat behauptet, daß jene Frau im Zusammen- hange mit kirchlichen Vereinen steht. Feststeht ist nur, daß sie einmal Unterdrückung erhalten hat. Im übrigen ist der Fall so empörend, daß ich nicht erwartet hätte, daß er von der Linken mit Lachen ausgenommen würde. (Zuruf b. d. Soz.) Die Frau ist mit der Ueberchrift „Der erste Sozialdemokrat“ mit einem Kreuze durch eine Versammlung sozialdemokratischer Frauen durch- gegangen.

Abg. Heine (Soz.): Glauben Sie denn, daß, wenn diese Frau wirklich Sozialdemokratin gewesen wäre, dadurch, daß sie jemand als ersten Vertreter der von uns heilig gehaltenen Ueberzeugung darstellt, ihr

damit hat beschimpfen oder herabsetzen wollen?

(Sehr gut! b. d. Soz.) Ich bin ja persönlich der Meinung, daß erste Dinge nicht auf ein Maskenfest gehen, aber von einer Beschimpfung der christlichen Religion kann hier nicht die Rede sein. (Lachen rechts, sehr wahr! b. d. Soz.) Glauben Sie, wir durchschau die Sache nicht? Der Reichsanwalt hat sich eben verhalten, und da wird nun irgend etwas vorgeschoben. Hätte der Reichsanwalt damals von dieser Sache gewußt, hätte er nicht von Beschimpfungen durch die Presse gesprochen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In der sozialdemokratischen Presse wird die Erörterung religiöser Probleme mit einer Mäßigkeit ver- mieden (Lachen rechts), die die Presse anderer Parteien sich nicht auferlegt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Graf Westarp (konf.): Das ist nicht möglich, jeden Tag alles Material bei sich zu haben. Deshalb kann ich auch nicht der Sozialdemokraten mit einer Anzahl von Beispielen, die ganz leicht zu sammeln wären, ins Gesicht springen (Lachen b. d. Soz.). Nur ein Beispiel, wie solche Fälle sich häufen: Vor kurzem ist der Redakteur Rauch in Rittau wegen Beschimpfung der evange- lischen Landeskirche zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden (Hört, hört rechts), weil er die Kirche eine staatliche Verdummungsanstalt genannt hat (Sehr richtig! b. d. Soz.). Die ganze Art, wie die Frage hier von der Sozialdemokratie behandelt wird, das Gelächter, mit der sie die Erzählung von der Person begleitet, die sich erfreut hat, als Christus zu erscheinen, beweist, daß zwischen ihnen und uns, die in Sachen der christlichen Religion auf einem ernsthaften Standpunkt stehen, eine Kluft besteht, die sich durch keine Reden überbrücken läßt (Lebh. Zust. rechts).

Abg. Lenz: In dem Fall des Redakteur Rauch handelt es sich um eine Kollekte der christlichen Kirche, nicht um den christlichen Glauben. Doch sie reden vergebens viel, um zu verhindern, daß die Behauptung des Reichsanwalters einfach aus der Luft gegriffen war. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Heine: Wir betrachten Fragen der Religion erstler als diejenigen, die schlantraue eine Kollekte als Einrichtung der Religion bezeichnen (Sehr gut! b. d. Soz., Zuruf rechts). Gewiß steht im Geleg beides neben einander, Angriffe auf die Religion und Angriffe auf die Kirche. Angriffe auf Einrichtungen der Kirche, die vielfach Träger reaktionärer, politischer Unterdrückung ist, werden wir uns niemals nehmen lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber Kirche und Religion sind zweierlei. Diese Unter- scheidung, dieses Tatsachenspielverhältnis (Präf. Kämpf rügt diesen Ausdruck) lassen wir uns nicht gefallen. Graf Westarp hat einen Unterschied gemacht zwischen ersten Leuten und uns, wir haben ihn noch nie ernst genommen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Graf Westarp: Ich stelle nur nochmals fest, daß es sich in dem Artikel darum handelte, daß die Kirche eine Ver- dummungsanstalt genannt wurde.

Abg. Haase: Graf Westarp hat vorher gesagt, er wolle nachweisen, wie sich solche Fälle häufen und hat dann einen Artikel aus einer Zeitung vorgetragen, wonach ein sozial- demokratischer Redakteur wegen Verletzung des § 166 bestraft worden ist. Wenn ein solcher Fall vorgekommen ist, so beweist das durchaus nicht, daß eine Häufung solcher Fälle im sozial- demokratischen Lager sich zugetragen habe. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Außerdem hat sich dieser Fall ereignet nach der Er- klärung des Reichsanwalters. Er kann ihn also nicht im Auge gehabt haben. Außerdem ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dann behauptete Graf Westarp, als der Fall der Frau hier vorgetragen wurde, sei auf unserer Seite gelacht worden. Aber das Lachen bezog sich keineswegs auf diesen Fall, auf das Verhalten der Frau, sondern darauf, daß man versucht, einen Vorgang der mit der Erklärung des Reichs- anwalters garnichts zu tun hat, hier zur Verleumdung des Tat- bestandes vorzubringen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich kann mitteilen, daß diese Frau wieder der sozialdemokratischen Partei, noch einer Gewerkschaft angehört, daß sie aber viel mehr Be- ziehungen zu den Kreisen des Herrn Mumm hat, als er selbst vielleicht weiß. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Stellung der Sozialdemokratie zu der Frage der Religion ist durchaus klar. Wenn innerhalb der Sozialdemokratie im Kampf der Parteien gegeneinander, namentlich wenn

kirchliche Einrichtungen zum Deckmantel für politische Pläne benutzt werden, Neußerungen fallen, die wir selbst nicht billigen können, so kann daraus nie der Schluß gezogen werden, daß die Partei als solche irgendwie religionsfeindlich ist. Wenn das von irgend einer Seite geschieht, so kann es nur geschehen unter Ver- drehung der Wahrheit und aus Heuchelei. (Zust. b. d. Soz., Unruhe rechts.)

Abg. Jörn (Rp.): Was Herr Haase über die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion gesagt hat, kann man in gewisser Weise unterschreiben. Aber wie verhält sich mit dieser Duldung, die Sie hier in Ihrem Programm proklamieren, daß Sie öffent- lich überall zum Austritt aus der evangelischen Landeskirche auffordern? (Schallendes Gelächter b. d. Soz.)

Abg. Jund (Natl.) begünstigte einen Antrag auf Wieder- einstellung des in der zweiten Lesung gestrichenen sechsten Reichs- anwaltes.

Abg. Heine (Soz.): Wir lehnen die Stellung keineswegs aus Sparmaßregeln ab, und wir erkennen auch an, was Kollege Jund über das Wachsen der Arbeitslast am Reichsgericht sagt. An unseren Gründen, aus denen heraus wir die Stelle ablehnen, hat sich seit der zweiten Lesung nichts geändert. Die Reichsanwaltschaft ist eine Behörde, der gewiß mehr Unab- hängigkeit zu wünschen ist, aber sie hat auch das Maß von Un- abhängigigkeit, das sie jetzt hat, im Fall Liebnrecht vermissen lassen. (Zuruf bei den Soz.: In anderen auch!) Wir haben vor ihr kein Vertrauen. Mag sie einmal mehrere Jahre zeigen, daß sie auch anders kann und dann wiederkommen. (Beifall bei den Soz.)

Die Abgg. Dr. Jund (Natl.) und Dr. Müller-Meiningen (Rp.) bitten das Zentrum, gerade im Hinblick auf diese unsachliche Begründung den sechsten Reichsanwalt zu bewilligen.

Abg. Dr. Haase (Soz.): Wir treiben keineswegs Ver- ägerungspolitik, sondern lassen uns von durchaus sachlichen Gesichtspunkten leiten. Je mehr Staatsanwälte amtierend, desto mehr häufen sich die Prozesse. Schon jetzt ist jeder fünfte Mensch in Deutschland bestraft. Wir sollten dafür sorgen, das Institut der Staatsanwaltschaft zu beseitigen und haben gar keinen Anlaß, es noch zu vermehren.

Die auf Antrag Jund namentliche Abstimmung ergibt die Aufrechterhaltung der Streichung des sechsten Reichsanwaltes mit 177 gegen 118 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen.

Besonders bemerkt Abg. Thiele (Soz.): Ich bin nicht wegen Gotteslästerung, sondern wegen Pfarrerbelädigung verurteilt worden, und vor- läufig ist der Pfarrer noch nicht der liebe Herrgott.

Der Etat wird bewilligt.

Beim Etat des Reichsjustizamtes wird die Streichung der Ostmarkenzulage für den Statenskontrollleur in Polen in namentlicher Abstimmung mit 182 gegen 114 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen aufrecht erhalten.

Beim Etat des Reichsjustizamtes klagt Abg. Baubert (Soz.) daß das Eisenacher Oberland durch Eisenbahnen nicht aufgeschlossen wird. Die preussische Eisenbahn-Verwaltung verspricht sich selber durch die Notwendigkeit, den Verkehrsbedürfnissen des Jahnleis und Landwirtschaf entgegenzukommen.



Abg. Dr. Deshöff (Sp.): Vor allem sollte man den Gedanken einer Reichseisenbahnbetriebsgemeinschaft näher treten. Auch gegen eine reichsrechtliche Regelung der Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahnangestellten sollte man sich nicht so ablehnend verhalten.

Abg. Ullrich (Soz.): Die Kleinstaaten haben ganz außerordentlich über den größten Eisenbahnbefitzer über Preußen, zu klagen. Das Reichseisenbahnamt sollte die Auffassung über seine Aufgaben erweitern und nicht erst Klagen abwarten, sondern stets auch ohne Anregung von außen sich darum kümmern, ob die Verhältnisse den Bedürfnissen des Verkehrs auch wirklich entsprechen. (Sehr wahr! b. d. Soz.). Zu den früheren Klagen gesellen sich bei uns in Preußen wieder neue, so daß eine Revision des preussisch-hessischen Eisenbahnvertrages dringend notwendig erscheint. Leider enthält der Vertrag keine Kündigungs Klausel, so daß er für die Ewigkeit geschlossen erachtet.

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wackerjohann: Eine Regelung der Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahnangestellten kann nur von den Einzelstaaten, nicht vom Reich vorgenommen werden. Die Zahl der Betriebsunfälle ist beständig zurückgegangen. Die weiteren Ausführungen des Redners über den hessischen Vertrag bleiben auf den Tribünen im Zusammenhang unverständlich.

Ein mecklenburgischer Bundesratsbevollmächtigter: Die mecklenburgischen Verhältnisse der Eisenbahnangestellten entsprechen den einfachen ländlichen Verhältnissen Mecklenburgs und sind daher im Durchschnitt natürlich geringer, als die durchschnittlichen Verhältnisse in Preußen (Lachen links).

Abg. Ullrich (Soz.): Wir Hessen wollen als gleichberechtigt behandelt werden, nicht als minderberechtigt. Herr Wackerjohann ist doch nicht hier, um nur preussische Interessen zu vertreten. Vor allem sollte aber unser hessischer Bundesratsbevollmächtigter anwesend sein, wo so wichtige Interessen des Landes verhandelt werden (Leb. Zusf. b. d. Soz.). Der Etat wird bewilligt.

Der Etat des

**Allgemeiner Personalfonds**

Demerit der Sächsischer Generalmajor v. Weisbach: Der Abg. Erzberger bemängelt bei der zweiten Lesung die Pensionierung eines Staatspothekers wegen Schwerhörigkeit, weil derselbe nachher noch in einem Konzert mitgewirkt habe. Schwerhörigkeit schließt doch nicht aus, daß man Geige spielt. (Er. Gelächter) — Gegen den Beschuß des Kasernenhofes, den der Herr Abgeordnete mir machte, muß ich entschieden Verwahrung einlegen.

Vizepräsident Dove: Der Abg. Erzberger sagte nur, auf dem Kasernenhof kann man beschweren in der Weise abtun. Daß ich so auf, daß man dort auf Beschwerden nicht eingegangen braucht. In diesem Zusammenhang war der Ausdruck durchaus parlamentarisch.

Abg. Erzberger: Die Auffassung des Herrn Präsidenten ist völlig zutreffend. Im Uebrigen gehe ich auf die Säufung von Verlegenheitsausreden des Bundesratsvertreters nicht weiter ein, sondern halte aufrecht, daß Leute nicht dann Pensionen bekommen sollen, wenn sie Kongestionen in der Tasche haben. (Beifall). Der Etat wird bewilligt.

**Postetat.**

Abg. Schütz (Sp.) bittet dringend, die Osmarzenzulage für Postbeamten zu bewilligen (Leb. Bravo! rechts).

Staatssekretär Kretschke schließt sich diesem Appell an.

Abg. Gieseler (Fr.) tritt dafür ein, daß die Stellung der Oberpostbeamten eine Beförderungsstelle für die Unterbeamten bleibt.

Abg. Gubell (Soz.) verlangt Mehrinstellung von Landwehrtruppen; die Landwehrtruppen haben soviel zu schleppen, daß sie manchmal ausziehen, wie Paderfel. Die unteren Beamten empfinden das im Reichstag gesprochenen Wort, sie werden nie gelohnt behandelt, als Wahrheit. Dienstfreudigkeit ergibt man bei ihnen nicht, sondern Knechtsinn, Unzufriedenheit, Verdrossenheit (Sehr wahr! b. d. Soz.). Der „Damburger Postassistent“ schreibt, man könnte mit Hoffmann v. Fallersleben ausrufen: „Ist denn gar kein Weg, ist denn gar kein Steg, der uns führt aus dieser Schanzen!“

Abg. von Heibelberg (All.) empfiehlt den von allen Parteien gestellten Antrag, der den Posthilfsbeamten und den nicht etatsmäßigen Beamten eine Aufbesserung ihrer Bezüge bringt.

Der Etat wird mit den durch obigen Antrag bedingten Änderungen bewilligt, die Streichung der Osmarzenzulage wird in namentlicher Abstimmung mit 78 gegen 104 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen aufrecht erhalten.

Die Etats der Reichsdruckereien und der Reichseisenbahnen werden debattelos bewilligt, ebenso die übrigen Etats und das Etatsgesetz.

Präsident Kämpf ruft den Abg. Ullrich nachträglich wegen einer Uebersetzung gegenüber dem hessischen Bundesratsbevollmächtigten zur Ordnung.

Der Etat wird in der Gesamtstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus auf Dienstag, den 27. Mai, nachmittags 2 Uhr, (Kleine Anfragen, Petitionen) Schluß 9 Uhr.

**Die Seeresvorlage in der Budgetkommission.**

Am Montag vormittag trat die Budgetkommission des Reichstages zur Beratung der Seeresvorlage zusammen. Zur geschäftlichen Behandlung erklärte der Vorsitzende, Abg. Spahn, daß sowohl die Seeres- wie die Deckungsvorlage einer zweiten Lesung unterzogen werden müsse. Erst solle die Seeresvorlage vorgenommen werden und dann auch in erster Lesung die Deckungsvorlage folgen. Abg. Schiffer erhob namens der Nationalliberalen gegen eine zweite Lesung lebhaft Bedenken. Dieser sei das nicht üblich gewesen, und eine zweite Lesung habe die gleiche Uebelbedeutung; konzentrierte Behandlung sei notwendig. Abg. Fischbeck schloß sich den Bedenken Schiffers an. Eine zweite Lesung könne nur verhindern, daß am 1. Oktober die Seeresvorlagen in Kraft treten könnten. Eine Verloppelung der Seeres- und Deckungsvorlage sei nicht zu empfehlen.

Genosse Haase erklärte sich namens der Sozialdemokraten für zwei Lesungen. In welcher Reihenfolge die zweite Lesung vorgenommen werde, müsse abgewartet werden. — Abg. Graf Westarp trat für den Vorschlag des Vorsitzenden ein. Die zweite Lesung sei schon deshalb notwendig, weil die Gestaltung der Seeresvorlage von der Gestaltung der Deckungsvorlage abhängt.

Abg. Erzberger beantragte schriftliche Berichterstattung an den Reichstag. — Abg. Spahn (Zentrum) forderte, daß das Protokoll der Kommission allen Mitgliedern des Reichstages zugänglich gemacht wird. Er für seinen Teil werde nicht die Zustimmung zur Wehrvorlage geben, wenn nicht auch gleichzeitig die Deckungsvorlage erledigt wird.

Der Kriegsminister betonte, daß die Regierung den allergrößten Wert darauf lege, daß die Gesetze noch im Juni verabschiedet werden, weil sonst die Seeresvorlage am 1. Oktober nicht durchgeführt werden kann, infolge der bei einer späteren Verabschiedung eintretenden technischen Schwierigkeiten.

Die Kommission beschloß hierauf im Prinzip, zwei Lesungen einzutreten zu lassen.

Abg. v. Quittsch erläuterte als Berichterstatter kurz die in der Vorlage enthaltenen Forderungen. — Gen. Haase beantragte, daß eine Generaldebatte stattfinden, die angesichts der großen Tragweite der Vorlagen dringend geboten sei. — Dieser Forderung stimmte die Kommission zu. Abg. Müller-Meinungen erlaubt aber, daß die Erörterung allgemeiner politischer Fragen dabei ausgeschlossen werden könne. Dieser Auffassung widersprach Gen. Ledebour.

Abg. v. Quittsch wünschte vom Kriegsminister Auskunft, ob die Seeresverwaltung glaubt, die geforderten Mannschaften auch ausheben zu können. — Abg. Erzberger verlangte, daß zuerst darüber befragt wird, ob überhaupt die Vermehrung notwendig ist, und wenn ja, ob das Menschenmaterial dazu vorhanden ist. In der geheimen Besprechung haben die Teilnehmer wirklich nicht viel neues erfahren, er stehe aber auf dem Standpunkt, daß die Seeresvorlage notwendig ist, weil Russland stark gerüstet hat und heute in sehr schneller Zeit eine Mobilmachung durchführen kann. Früher war man der Meinung, daß bei einem Kampf nach zwei Fronten, Deutschland Frankreich werde schlagen können, bevor Russland seine Mobilmachung durchführen vermag. Das hat sich nun geändert. Um die Ostgrenze vor dem Einmarsch der Russen zu wahren, ist die Seeresvermehrung notwendig. Die Grenztruppen müssen schon im Frieden kriegsgemäß ausgestattet sein. Die Infanterievermehrung ist erforderlich; frankly bleibt die Vermehrung der Kavallerie um 6 Regimenter. Die Verwaltung habe noch vor wenigen Jahren Abneigung gegen die Kavallerievermehrung gehabt. Wichtig sei die Frage der Rekrutengewinnung. Heute seien, nach früheren Angaben der Militärverwaltung, 25 000 taugliche Weibliche vorhanden, die nicht ausgehoben werden. 63 000 Mann sollten aber fortan jährlich mehr ausgehoben werden. Es fehlen also etwa 40 000 Mann. Wie sollen die beschafft werden? Soll etwa auf militärisch nicht leistungsfähige Mannschaften gegriffen werden?

Genosse Haase: Wir haben uns zu fragen, ist die Vorlage notwendig? Auch wir Sozialdemokraten wünschen nicht, daß im Kriegsfalle unsere Offizierskorpsen von russischen Soldaten überflutet werden. Aber wenn man auch den Ernst der gegenwärtigen politischen Lage zugibt, kann gesagt werden: die Seeresvermehrung ist nicht nötig. Uebrigens wird die politische Lage von der Regierung zu Unrecht so schwarz gemalt. Wenn es wahr sein sollte, daß Italien sich weigern würde, im Kriegsfalle Truppen auf einen österreichisch-russischen Kriegsschauplatz zu senden, was habe dann der Dreibund für einen Wert? Und wenn die österreichische Armee so schlecht sein sollte, wie sie oftmals geschildert wird, müßte Deutschland die hauptsächlichsten Opfer bringen und am meisten bluten. Von der durchaus friedlichen Gesinnung der deutschen Regierung sei auch die Sozialdemokratie überzeugt. Warum aber denn die fortgesetzten Rüstungen, die immer wieder neue Beunruhigung unter den Völkern hervorrufen? Es liegt also kein einziger Beweis dafür vor, daß Frankreich einen Angriff gegen Deutschland plant. Allerdings ist in weiten Kreisen des französischen Volkes die Befürchtung vorhanden, Deutschland werde zum Angriff schreiten. Darum müsse die deutsche Regierung alles tun, um diese ungerechtfertigte Befürchtung zu zerstreuen. In England herrsche lange Zeit die gleiche Auffassung, die jetzt anscheinend im Schwunden begriffen ist. Eine Verständigung bahnt sich an. Wir Sozialdemokraten sind bisher immer verhöht worden, wenn wir einer solchen Verständigung das Wort redeten. Zwischen Deutschland und Frankreich muß ein durchaus friedliches Verhältnis angestrebt werden. Die Haltung der reichsständischen Bevölkerung sowie die neue Verfassung für die Reichslande haben bereits wesentliche Dienste geleistet. So kann Gen. Haase auf die Situation auf dem Balkan zu sprechen. Von einem einigen Balkanbund, der militärisch gegen den Dreibund in Betracht kommen kann, könne nach den neuesten Vorgängen nicht mehr gesprochen werden. Dazu kommt Rußlands Engagement in Ostasien und Japans Haltung, jedoch Rußland stets für Ostasien große Truppenmassen gebraucht. — Wenn die Regierung mit der Seeresvorlage die allgemeine Wehrpflicht durchführen will, sei dazu erklärt; die Sozialdemokratie ist stets für die Durchführung des Scharnhorstschen Gedankens der allgemeinen Wehrpflicht eingetreten. Aber mit dem System des stehenden Heeres ist dieser Gedanke — schon aus finanziellen Gründen — gar nicht durchführbar. Von der größten Bedeutung ist der Geist der Truppen; die Zahl hat nicht die Bedeutung, die man ihr momentan beimißt. Notwendigkeit ist auch der Nachweis, ob nach Annahme der Vorlage nicht eine große Zahl von Leuten eingestellt werden muß, die den Anforderungen des Krieges nicht gewachsen sind.

Der Kriegsminister verwies, soweit die Erörterung der politischen Lage in Frage kommt, auf die beiden vertraulichen Besprechungen in voriger Woche. Deutschland hege gegen niemand aggressive Pläne; das beweisen die letzten vierzig Jahre. Den Frieden könne nur ein starkes und schlagerichtiges Heer sichern. Ein Krieg würde am allerhöchsten die Arbeiterklasse treffen. — Bezüglich äußerte sich sodann der Minister über Italien und betonte ferner, daß die österreichische Armee als sehr bedeutender Faktor angesehen werden dürfe. Die Verschleimung der Mobilmachung sei ein Hauptpunkt bei der neuen Vorlage. Die ziffernmäßige Ueberlegenheit Frankreichs und Rußlands müsse gleichfalls beachtet werden. Man könne nicht immer behaupten, der deutsche Soldat stehe auch die ziffernmäßige Ueberlegenheit des Gegners nicht. Das habe eben auch eine Grenze; die Zahl spreche mit. Scharnhorst würde sich im Grabe umdrehen, wenn er Haase hören könnte. Zu Scharnhorst Zeit habe es Preußen mit Militärmoral als Gegner zu tun gehabt; heute aber stehen Deutschland erstklassige Truppen gegenüber. Wenn die Sozialdemokratie jeden tauglichen Mann zur Vaterlandsverteidigung heranziehen will, sei das ja schon; aber es sei dann ein Verbrechen gegen die Leute, wenn man ihnen durch zu kurze Dienstzeit die Fähigkeit vorenthalten wolle, ihre Aufgabe auch gut durchführen zu können. Vor 100 Jahren mochte es mit nur in kurzer Zeit ausgebildeten Soldaten gehen, heute sei das

ausgeschlossen, denn die Aufgaben und die Anforderungen sind gewachsen. Die Ausbildung, nicht die ziffernmäßige Ueberlegenheit, werde stets der deutschen Armee ihre große Bedeutung verleihen.

Abg. Müller-Meinungen erklärte, um den inneren Wert der deutschen Armee noch mehr zu heben, haben die Volksparteier in Resolutionen eine Reihe von Forderungen gestellt. Es sei erforderlich, daß die Regierung sich wegen der Neutralität Belgiens erkläre. — Abg. Müller erörterte ausführlich die Frage, ob die Seeresvermehrung bei Beachtung der bisherigen Qualität des Mannschafstverhältnisses durchgeführt werden könne; ebenso müsse die Frage der Verpflegung der Armee im Kriegsfalle besprochen werden. In Offizierskreisen werden lebhaft Zweifel gehegt, ob die Seeresvermehrung der großen Truppenmassen auch die erforderliche Qualifikation bestimme.

Generalleutnant Wandel besprach ausführlich die Möglichkeit, die geforderten Soldaten aus den Militärpflichtigen herauszuholen. Er sprach dabei den recht bemerkenswerten Satz aus: „Wenn mehr Soldaten gebraucht werden, erklären die Aushebungsbehörden auch mehr Leute als „tauglich“. Die Zahl der Pflichten wachse von Jahr zu Jahr, folglich (N) auch die Zahl der Tauglichen. Heute müssen viele Taugliche der Ersatzreserve überwiegen werden, weil sie nicht gebraucht werden. 1888 wurden von je 1000 Pflichten 268 ausgehoben. Denselben Prozentfuß im Jahre 1913 vorausgesetzt, können von den vorhandenen 1 821 000 Militärpflichtigen 388 000 Mann ausgehoben werden. Diese Zahl ist aber ohne Qualitätsverminderung sehr leicht noch zu erhöhen.“

Abg. Graf Mielckhoff erklärte, wenn die Polen eine oppositionelle Haltung einnehmen, sei das nicht verurteilbar, die bei der Behandlung, die ihnen zuteil wird. Ueber er stehe auf dem Standpunkt, daß auch die Polen die Pflicht haben, die Forderungen der Regierung ernstlich zu prüfen, wenn es sich um die Sicherheit des Reiches handelt. In diese Prüfung werden die Polen eintreten.

In der weiteren Debatte wurde von einem Abgeordneten dargelegt, daß die russische Gefahr außerordentlich übertrieben sei. Wohl stehen gewaltige Truppenmassen in Rußland auf dem Papier; in Wahrheit sieht es aber ganz anders aus. Die Transsibirische Bahn stand als zweigleisige Bahn im Budget; es wurde aber soviel gestohlen, daß die Bahn nur einseitig gebaut werden konnte. Außerdem habe Rußland in dem Moment des Kriegsausbruchs sofort mit der Revolution zu rechnen. — Der Kriegsminister gab die Schwierigkeit zu, die bei der Führung der heutigen großen Truppenmassen bestehe. Auch in Deutschland habe man eingesehen, daß zur Ausbildung der Armee für zwei Weltkriege mehr getan werden müsse. Die systematische Seeresvermehrung und die Tätigkeit, jeden Truppenführer bis zum Bataillonskommandant zur größten Selbständigkeit zu erziehen, helfe dem Mangel ab. Daß in Deutschland ein bedenklicher Uebelstand hinsichtlich der Armeeführung bestehe, sei unzutreffend.

Genosse Ledebour forderte die Anwesenheit des ausmilitären Amtes, das vor allen Dingen zu den Auslassungen des Wehrvereins gegenüber Belgien Stellung nehmen müsse. Redner verbieth sich dann eingehend über die Tauglichkeit, die offensichtlich im Durchschnitt sich verringern werde. Genosse Densch behandelte die russische Militärtätigkeit. Beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges habe allein die sozialdemokratische Presse die Unterlegenheit der Russen gegen die Japaner sofort hervorgehoben, während gerade die militärischen Kreise agentenlicher Auffassung waren. Rußland sei einfach unfähig zu einem Offensivkrieg gegen Deutschland. Wenn Rußland Offensivkriege führen will, richtet es seine Stoßkraft gegen die Türkei, gegen Persien, oder betätigt sie in Ostasien, nimmermehr aber gegen große europäische Staaten. Was die Regierung über Rußland gesagt habe, sei das denkbar düsternste Gerede. Wir Sozialdemokraten befechten die Möglichkeit eines Krieges nicht. Wir wissen, daß wir in einem Zeitalter leben, in welchem die Kriegsgefahr nicht von der Tagesordnung verschwindet. Wenn die Regierung, wie sie ja esgr betont, mit all ihren Rüstungen nur die Defensivkraft Deutschlands verstärken und heben will, dann müsse sie mit dem jetzigen Militärsystem brechen und zur Volkswehr übergehen, die das höchste Maß militärischer Kraft der Landesverteidigung darstellt. Um einen Krieg erfolgreich durchführen zu können, brauche auch Deutschland die Begeisterung der Massen. Aber die imperialistische Politik, Marokko oder Skutari vermögen Begeisterung nicht zu wecken. Das große Heer mit langer Dienstzeit soll den herrschenden Klassen auch als Instrument gegen den „inneren Feind“ dienen. Der Sozialdemokrat unter solchen Umständen zuzumuten, sie solle das Messer schleifen helfen, mit dem man ihr droht, die Kehle abzuschneiden, sei geradezu absurd.

Abg. Gröber hegte lebhaften Zweifel gegen die Behauptung, es seien viele überschüssige Taugliche vorhanden. Wenn das 1898 noch der Fall gewesen sein mag, so hätten sich inzwischen doch die Verhältnisse ungünstig verändert durch die fortschreitende Industrialisierung. Die Verwaltung müsse einen Nachweis auch darüber vorlegen, wieviel Soldaten in der Vergangenheit deshalb wieder von der Truppe entlassen werden mußten, weil sie den Anforderungen des Dienstes nicht gewachsen waren. Stelle man in großer Zahl Minder-taugliche ein, werde sofort wieder die Zahl der Soldaten in die Handlungen steigen. Hier müsse eine genaue Prüfung eintreten.

Darauf wurde die Beratung bis Dienstag vormittag abgebrochen. Die Genossen Ledebour und Haase verlangten die Anwesenheit des Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Der Vorsitzende teilte mit, Herr v. Jagow könne jetzt unmöglich dauernd an den Verhandlungen teilnehmen, weil die auswärtige politische Lage seine Anwesenheit im Amte erfordere.

Darauf verlangten unsere Genossen die Vertagung der Beratung, bis der Staatssekretär in der Kommission erscheinen kann. Die Kommission einigte sich schließlich dahin, daß Herr v. Jagow Dienstag zu Beginn der Sitzung in die Kommission gebeten wird zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage.

Von den sozialdemokratischen Kommissionsmitgliedern sind vorläufig folgende Anträge eingebracht worden:

„Die besonderen Vorschriften, durch die das Gardecorps und die sonstigen Eliteformationen in bezug auf Rekrutierung, Ausstattung und Uniformierung sich von den übrigen Truppenteilen unterscheiden, werden aufgehoben.“  
„Für jede Waffengattung ist ausschließlich eine einheitliche Felduniform zulässig.“  
„Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die sämtlichen Mannschaften ein Jahr zum ununterbrochenen Dienst bei der Fahne verpflichtet.“



# Sunlicht Seife

wird aus streng geprüftem, edelstem Rohmaterial hergestellt!  
Ihre Qualität ist daher immer zuverlässig die beste! Da sie für alle Zwecke, wo es sich um einwandfreie Reinlichkeit handelt, geeignet ist, verwenden nur diese Millionen Hausfrauen jeden Standes!

